

Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 10. Dezember 1992, Vormittag
Jeudi 10 décembre 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Schmidhalter

92.080

Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge. Volksinitiative Pour une Suisse sans nouveaux avions de combat. Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 28. Oktober 1992
Message et projet d'arrêté du 28 octobre 1992
Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Hari, Berichterstatter: Die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» wurde von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, der sogenannten GSoA, am 1. Juni 1992 in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs mit 181 707 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Zusätzliche rund 318 000 Unterschriften wurden mit dem gleichen Text als Petition eingereicht.

Eine weitere Petition mit rund 70 000 Unterschriften, die von der Schweizerischen Friedensbewegung kurz vor Abschluss der Beratung der Flugzeugbeschaffung in den eidgenössischen Räten im Juni 1992 eingereicht wurde, verlangt, es solle dem Kauf neuer Kampfflugzeuge nicht zugestimmt werden. Die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» verlangt ein in der Verfassung verankertes Verbot einer Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen für die Zeit vom 1. Juni 1992 bis zum 31. Dezember 1999. Die Initiative richtet sich nicht nur gegen die vom Parlament beschlossene Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen des Typs F/A-18, sondern auch gegen jede Erneuerung der Flugwaffe bis Ende des Jahrhunderts. Auch der Kauf von Occasionen oder die Miete von Kampfflugzeugen wären unmöglich.

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Initiative ausserordentlich schnell ausgearbeitet und verabschiedet. Dies ist besonders positiv zu vermerken, und ich danke hier dafür.

Der Bundesrat beantragt, die Initiative abzulehnen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat die Botschaft am 5. November 1992 eingehend beraten. Die Kommission teilt die Auffassung des Bundesrates, dass nach heutiger Rechtsgrundlage keine Argumente vorliegen, um die Initiative ungültig zu erklären. Die Frage, ob in Zukunft rückwirkende Bestimmungen in Volksinitiativen zulässig sein sollen, muss bei der Behandlung der entsprechenden parlamentarischen Initiative (Zwingli) geklärt werden. Die mit der parlamentarischen Initiative vorgesehene Verfassungsänderung könnte aber nicht rückwirkend auf die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» angewandt werden.

Mit 16 zu 6 Stimmen bei einer Enthaltung schliesst sich die Kommission dem Antrag des Bundesrates an und beantragt, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Die Volksinitiative, die wir heute zu behandeln haben, ist eine getarnte Armeeabschaffungs-Initiative. Die Initianten haben schon einmal eine Initiative für die Abschaffung der Armee ge-

startet, sind allerdings 1989 in der Volksabstimmung gescheitert. Sie beabsichtigen, wiederum eine Initiative zur Abschaffung der Armee und eine Initiative zur Abschaffung des Zivilschutzes zu lancieren.

Es geht bei der heute zur Diskussion stehenden Initiative um die Grundsatzfrage, ob wir uns für lange Zeit ein Verbot auferlegen wollen, eine Flugwaffe zu haben, die diesen Namen verdient. Das muss all jenen gesagt werden, welche die Diskussion weiterführen möchten, ob der F/A-18 oder ein anderes Flugzeug beschafft werden soll.

Wir haben zurzeit wohl rund 300 Flugzeuge; diese sind aber leider zuwenig leistungsfähig. Der Unterschied in der Wirksamkeit zwischen einem Flugzeug des Typs F/A-18 und leistungsschwachen Flugzeugen, wie wir sie heute haben, ist etwa gleich gross wie derjenige zwischen einem Sturmgewehr und einer Hellebarde. Das in der Initiative vorgesehene Verbot ist bis Ende 1999 befristet. Es wirkt sich aber sehr stark aus, weil unsere Flugwaffe ohnehin schon veraltet ist und die in den siebziger und achtziger Jahren beschafften Flugzeuge nicht sehr leistungsfähig sind. Ihre Kampfkraft kann aufgrund der beschränkten Ausmasse der Flugzeuge aus rein technischen Gründen nicht gesteigert werden.

Hier liegt ein grosser Unterschied zu anderen Ländern, die zum Teil über wesentlich grössere Kampfflugzeuge aus den siebziger und achtziger Jahren verfügen, die für die Erfordernisse des modernen Luftkrieges ausgerüstet werden können. Ich denke insbesondere an den Radar. Diese Staaten können die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen noch aufschieben und die bestehenden Flugzeuge hinsichtlich Kampfwert steigern. Bei uns ist dies aber nicht möglich.

Die Zeit bis zum Jahr 2000 ist lang. Bis dahin kann sich viel verändern. Wer hätte z. B. vor zwei Jahren geglaubt, dass im ehemaligen Jugoslawien ein so blutiger Krieg ausbrechen könnte! Dazu kommt, dass es nach Ablauf der in der Volksinitiative vorgesehenen Sperrfrist viel Zeit brauchen wird, bis das ganze Beschaffungsprozedere für ein neues Flugzeug abgewickelt ist, bis die Flugzeuge da sind und bis die Piloten und Bodenmannschaften die Flugzeuge voll beherrschen können. Den Initianten geht es effektiv nicht nur um ein Moratorium, sondern darum, auf so lange Zeit eine wirkliche Flugwaffe zu verbieten, da es sehr schwierig wird, wieder eine aufzubauen. Sie wollen damit einen entscheidenden Schritt Richtung Armeeabschaffung machen. Eine Armee ohne Flugwaffe bringt viel Aufwand und verhältnismässig wenig Nutzen.

Die Initianten hoffen deshalb, der Stimmbürger werde zur nächsten Armeeabschaffungs-Initiative eher ja sagen. Die Idee, eine Flugwaffe zu verbieten, ist übrigens nicht neu. Schon nach dem Ersten Weltkrieg diktierten die Siegermächte im Vertrag von Versailles dem unterlegenen Deutschland eine Beschränkung der Armee auf 100 000 Mann und ein völliges Verbot einer Flugwaffe. Die Sieger wollten damit Deutschland wehrlos machen und demütigen. Die GSoA ist aber bei uns nicht Siegermacht, und wir sollten deshalb so etwas nicht freiwillig tun. Die Notwendigkeit, 130 Kampfflugzeuge, deren Kampfkraft mit bestem Willen nicht mehr gesteigert werden kann, auszumustern und 34 neue zu beschaffen, ist im Rüstungsprogramm 1992 und im Armeeleitbild 95 umfassend begründet.

Die eidgenössischen Räte, also wir hier, haben mit klaren Mehrheiten den Kauf von 34 F/A-18 beschlossen und entsprechende Rückweisungsanträge bei der Beratung des Armeeleitbildes 95 abgelehnt. Nichterneuerung der völlig veralteten Schweizer Flugwaffe bedeutete den Verzicht auf jenes Instrument, das in kriegerischen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle spielen würde.

Als neutraler Staat ist die Schweiz völkerrechtlich gehalten, für ihre Verteidigung selber besorgt zu sein. Wenn sie dies nicht selber tut, werden sofort andere Mächte den schweizerischen Luftraum kontrollieren und sicher auch Standorte am Boden, zum Beispiel für Radaranlagen, Notlandungen usw., verlangen. Im Verteidigungsfalle würde der zwangsweise Verzicht auf eine wirkungsvolle Flugwaffe eine markante Schwächung der Verteidigungsfähigkeit unserer Armee bedeuten. Vor allem jedoch wäre der Schutz unserer Zivilbevölkerung und der Truppe am Boden nicht mehr zufriedenstellend möglich.



denke nur an die Bilder, die wir täglich aus dem ehemaligen Jugoslawien sehen. Wir brauchen also eine schlagkräftige Flugwaffe.

Gerade in der heutigen Lage mit vielen Kleinrisiken ist eine effiziente Flugwaffe besonders wichtig. Die Gefahr, dass eine Grossmacht mit Tausenden von Panzern unser Land überrollen will, ist heute weniger gross als früher. Wir dürfen deshalb mit gutem Gewissen den in «Armee 95» vorgesehenen Abbau der Bodentruppen vornehmen. Im Rahmen dieser Reform werden Hunderte von schweren Waffen verschrottet. Die Schweiz leistet damit ihren Beitrag an die allgemeine Abrüstung. Bei der Flugwaffe brauchen wir, im Gegensatz zu den siebziger und achtziger Jahren, auch nicht mehr Hunderte von Flugzeugen, um eine grosse Zahl von eindringenden Flugzeugen zu bekämpfen. Deshalb ist es richtig, dass der Bestand unserer Flugzeuge reduziert wird; aber es braucht die 34 vorgesehenen, wirklich leistungsfähigen Flugzeuge.

Die Auflösung der Blöcke hat dazu geführt, dass kleinere Staaten, zum Teil solche, die heute noch gar nicht bestehen, eine unberechenbare und aggressive Politik betreiben können. Diese Staaten verfügen alle über Kampfflugzeuge, und die können für uns eine erhebliche Gefahr bilden, wenn wir keine Mittel dagegen haben. Das beste Mittel gegen ein Flugzeug ist immer noch das Flugzeug. Die bodengestützte Fliegerabwehr kann aufgrund der Erdkrümmung tieffliegende Flugzeuge – das ist heute die Regel – nur in einem sehr beschränkten Raum erfassen und bekämpfen.

Man wird entgegenen, dass die grösste Gefahr in den Mittelstreckenraketen liege. Dies trifft nur zum Teil zu. Verglichen mit der Zahl von Staaten, die Kampfflugzeuge haben, verfügen viel weniger Staaten über Mittelstreckenraketen. Die Reichweite von Mittelstreckenraketen ist heute beschränkt. Kampfflugzeuge können aber mit verschiedenen Hilfsmitteln sehr weit fliegen.

Die Initiative bringt enorme Nachteile für unsere Sicherheit; sie bringt aber keine entsprechenden finanziellen Einsparungen. Die Flugzeugbeschaffung ist eine wirkliche Priorität: Zugunsten des neuen Kampfflugzeugs werden andere Vorhaben zurückgestellt. Der Verzicht auf neue Kampfflugzeuge hätte somit keine Einsparungen zur Folge. Die Mittel für die Kampfflugzeugbeschaffung sind im Kreditrahmen für Rüstungsausgaben enthalten, welcher vom Legislaturfinanzplan gesetzt ist. Es werden keine zusätzlichen Gelder aus der Bundeskasse benötigt, weil die Rüstungsausgaben bis 1996 auch mit der Flugzeugbeschaffung real stark zurückgehen werden.

Zum Schluss eine wichtige Feststellung. In der heutigen Zeit ist ein weiteres Argument nicht unwichtig: Die Schweizer Industrie wird sich mit einem Auftragsvolumen von etwa 310 Millionen Franken direkt an der Produktion der 34 F/A-18 beteiligen können. Zudem werden hier Ausgleichsgeschäfte ausserhalb des Rüstungsbereiches im Umfang von über 2 Milliarden Franken eröffnet. Dies sichert in der Schweiz Tausende von Arbeitsplätzen über rund zehn Jahre hinweg.

Wie eingangs gesagt, beantragt die Kommission mit 16 zu 6 Stimmen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Gleichzeitig nimmt die Kommission Kenntnis von der Petition der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee mit dem gleichen Wortlaut wie die Initiative und von der Petition der Schweizerischen Friedensbewegung. Die Petition der Schweizerischen Friedensbewegung ist kurz vor Abschluss der Beratungen der Flugzeugbeschaffung in den eidgenössischen Räten eingereicht worden und verlangt, es solle dem Kauf neuer Flugzeuge nicht zugestimmt werden.

Diesen Petitionen soll keine weitere Folge gegeben werden.

M. Savary, rapporteur: C'est lors de sa séance du 5 novembre 1992 que la Commission de la politique de sécurité a traité l'objet qui nous préoccupe aujourd'hui. Par 16 voix contre 6 et une abstention, elle vous propose de suivre le Conseil fédéral et de rejeter cette initiative. La commission a également refusé, par 14 voix contre 2 et 5 abstentions, une proposition qui demandait qu'un contre-projet soit opposé à l'initiative.

On a beaucoup parlé en commission de la validité de cette initiative. La question des limites matérielles à la révision de la constitution, vous le savez, est source de nombreuses diver-

gences parmi les éminents constitutionnalistes que connaît notre pays. Il est actuellement difficile de dégager une opinion dominante au sein de la doctrine par rapport à cette question. Dans leur pratique, les autorités fédérales n'ont retenu jusqu'à ce jour que l'impossibilité de réaliser les buts de l'initiative comme motif matériel de nullité. Cette impossibilité doit être comprise au sens strict, et le fait qu'une initiative soit peu raisonnable, peu judicieuse ou encore trop coûteuse ne joue donc pas de rôle.

L'initiative soulève également, dans une certaine mesure, la question de la validité des clauses rétroactives, lesquelles posent évidemment un gros problème de droit constitutionnel, nuisent à la sécurité du droit et causent des entraves à l'action de l'Etat. Mais il faut admettre que, dans le cas présent, l'initiative ne contient pas d'effet rétroactif au sens strict, à l'exemple de l'initiative «40 places d'armes, ça suffit», elle est plutôt un référendum administratif.

La commission a renoncé à se lancer dans un vaste débat juridique sur la validité de l'initiative du Groupe pour une suisse sans armée, laquelle a déjà été largement débattue parmi les spécialistes de droit constitutionnel et traitée dans de nombreux avis de droit. Par contre, il est impératif que la réglementation qui régit le droit d'initiative à l'échelon de la constitution soit revue sans tarder, et le Parlement doit traiter cette question par le biais de l'initiative parlementaire Zwingli qui a été déposée il y a déjà plus d'une année. En effet, il faut éviter que la Constitution fédérale ne soit encombrée de dispositions qui n'ont pas leur place dans ce qui doit rester le texte juridique fondamental de notre Etat.

Faut-il de nouveaux avions de combat? Cette question a été très largement discutée lors de la session d'été, au cours du débat sur le programme d'armement 1992. Dès lors, il nous paraît peu opportun de rouvrir la discussion sur ce sujet, car les opinions sont faites et il est peu probable qu'elles se soient modifiées au cours des six derniers mois. Mais la commission juge tout de même essentiel de récapituler quelques thèses fondamentales en faveur du renouvellement de notre force aérienne.

L'acquisition de 34 avions de combat s'inscrit dans un processus de renouvellement tout à fait normal. Il s'agit de remplacer le parc de 130 Hunter désuets et vieux de 35 ans, et qui ne laissent, je le rappelle, aucune chance à nos pilotes dans un combat contre des avions de la nouvelle génération. Les 110 Tiger F-5 ne peuvent être engagés dans des missions d'interception que lorsque les conditions sont très favorables, et leurs performances sont nettement inférieures à celles d'avions de combat modernes. Les Mirage III S n'ont également, lors de missions d'interception, aucune chance contre les avions modernes. Par contre, leur potentiel peut être amélioré lorsqu'ils sont appuyés par des F/A-18.

Malgré les nombreux efforts diplomatiques déployés, il faut se rendre à l'évidence que la constitution d'une défense militaire européenne reste aléatoire. Et je crois que, depuis le vote de dimanche, on n'a pas fait un pas en direction d'une défense européenne, mais on a plutôt fait un pas en arrière. Dès lors, il s'agit pour l'instant de compter uniquement sur nos propres forces aériennes, afin de maintenir la souveraineté de notre espace aérien. Le non-renouvellement de notre aviation militaire équivaut pratiquement à accepter la violation de notre espace aérien.

La majorité de la commission reste convaincue que l'acquisition de nouveaux avions de combat pour notre armée demeure prioritaire. A l'heure où s'engage la réforme «Armée 95», il ne faut pas priver le concept de la défense dynamique d'un de ses éléments essentiels.

Les conséquences de l'acceptation de l'initiative sont graves. Une telle acceptation entraînerait inmanquablement une remise en cause complète des principes de notre politique de sécurité. Ceci marquerait la fin de l'autonomie de notre pays en matière de défense. De plus, il faut être conscient qu'aucun partenaire militaire éventuel n'accepterait d'assumer la défense de notre espace aérien sans exiger une contrepartie importante de la Suisse dont le prix serait vraisemblablement très élevé. La Suisse en tant qu'Etat neutre permanent est tenue par le droit international d'assumer sa défense elle-même,

avec un armement militaire adéquat. Il est également intéressant de constater qu'en matière de défense aérienne plusieurs petits pays d'Europe tels que les Pays-Bas, la Finlande, la Suède, la Belgique ont entrepris, ou sont sur le point de le faire, des efforts comparables à ceux de la Suisse.

Dans ce sens, la majorité de votre commission estime l'acquisition des 34 F/A-18 indispensable à la poursuite de la politique de sécurité telle que définie par le Conseil fédéral dans son rapport du 1er octobre 1990. Chacun doit être clairement conscient que l'acceptation de l'initiative signerait à coup sûr l'arrêt de mort de notre aviation militaire.

En effet, jusqu'en l'an 2000, il n'y aurait plus aucune possibilité de moderniser notre force aérienne. Il est vraisemblable que les pilotes professionnels de l'escadre de surveillance quitteraient les services de la Confédération pour rejoindre des compagnies d'aviation privées leur offrant de meilleures perspectives professionnelles. On peut les comprendre, car qui, en cas de conflit, voudrait combattre sur des avions démodés et ne laissant aucune chance de survie? De plus, cela ne serait pas sans incidence sur le recrutement aussi bien des pilotes que du personnel spécialisé dans la maintenance, qui seraient attirés par le secteur privé, où l'on travaille, vous le savez bien, avec des systèmes tout à fait modernes. La désaffection des pilotes professionnels et la liquidation pour raison d'âge des avions de combat conduiraient, sans aucun doute, à la disparition de l'escadre de surveillance. Il faut également savoir que le retard accumulé jusqu'en l'an 2000, aussi bien au niveau de la formation que des connaissances techniques, ne pourrait être rattrapé qu'après de nombreuses années.

La majorité de la commission a parfaitement saisi les effets à long terme pour notre aviation militaire en cas d'acceptation de cette initiative. Elle estime que le moratoire, qui est proposé aujourd'hui au Parlement, s'attaque non seulement à notre force aérienne, mais à l'armée dans son ensemble, laquelle est également remise en question par cette initiative. Dès lors, les conséquences doivent être analysées dans leur ensemble et débordent du seul cadre de l'acquisition de 34 F/A-18.

Comme déjà mentionné lors du débat sur le programme d'armement 1992, l'industrie suisse participera pour un volume de commandes d'environ 310 millions de francs à la fabrication des 34 F/A-18. De plus, à titre d'affaires compensatoires, les possibilités de conclure des contrats sont évaluées à plus de 2 milliards de francs. En dehors de la réalité des chiffres, il faut aussi tenir compte du transfert de savoir-faire que cela implique et des associations qui peuvent naître de ces affaires compensatoires. A l'heure où notre pays traverse une grave crise économique, cet aspect de l'achat des 34 nouveaux avions de combat doit également être pris en compte. Sans vouloir nous faire l'avocat du diable, il est certain qu'une acceptation de l'initiative ne restera pas sans conséquences sur les emplois de certaines entreprises concernées par le programme 1992, ainsi qu'au niveau des ateliers fédéraux. Même s'il est évident qu'on ne peut justifier l'achat de nos nouveaux avions de combat par des impératifs de politique de l'emploi, la crise économique que nous traversons actuellement doit nous inciter à tenir tout de même compte de cet aspect-là.

Lors de l'établissement du plan financier de la législature, le Département militaire fédéral a largement tenu compte de l'évolution de la situation en Europe en matière de politique de sécurité. En effet, il est prévu que jusqu'en 1996, les dépenses de ce département ne s'accroîtront pas. Et si l'on se concentre uniquement sur les dépenses d'armement, elles diminueront même de 20 pour cent jusqu'en 1996. La réalité de ces chiffres prouve que les efforts consentis par le Département militaire fédéral pour participer à l'assainissement des finances fédérales est réel. Dans la perspective de l'acquisition de nouveaux avions de combat, les programmes d'armement ont été réduits avant 1992. Pour les mêmes raisons, des projets d'armement futurs seront différés dans la mesure où ils n'affectent pas la sécurité du pays. La rigueur de cette planification offre la garantie que l'acquisition de nouveaux avions de combat n'entraînera pas la hausse des impôts ni des réductions dans d'autres domaines de la Confédération, en particulier au niveau des assurances sociales.

Le programme d'armement prévoit un crédit d'engagement

de 3,5 milliards de francs, dont les paiements se répartiront sur plus de 7 ans, soit une charge annuelle pour la Confédération de 500 millions de francs par année, ou 10 pour cent du budget global du Département militaire fédéral. La majorité de la commission tient à souligner que ne pas acquérir de nouveaux avions de combat n'entraînera pas automatiquement des économies pour la Confédération, car les lacunes ainsi créées au niveau de notre défense aérienne devront être compensées par l'acquisition de nouveaux systèmes d'armes de substitution qui risquent de présenter un rapport coût/efficacité plus défavorable.

J'en viens aux conclusions. Alors même que l'assainissement des finances fédérales est devenu une des préoccupations majeures du Parlement, il serait tentant, dans une vision à court terme, d'accepter cette initiative pour de simples raisons d'économie financière. Mais en matière de défense nationale, ces raisonnements sont dangereux et mettent en péril l'essence même de notre Etat. Accepter l'initiative, c'est renoncer à une assurance-vie à laquelle il sera difficile de souscrire le jour où le besoin s'en fera véritablement sentir. A ce moment-là, la prime risquerait d'être élevée.

Par conséquent, la majorité de votre commission vous demande de rejeter cette initiative, car les initiants ne visent pas seulement à empêcher l'acquisition de 34 F/A-18, mais cherchent à remettre en question le principe même de notre armée.

Gross Andreas, Sprecher der Minderheit: Ich möchte Ihnen begründen, weshalb die Minderheit der Kommission Ihnen empfiehlt, Ihrerseits diese Initiative dem Volk zur Annahme zu empfehlen.

In den vergangenen Tagen war in diesem Haus viel von Gräben, Rissen und Spannungen die Rede, welche unser Land gegenwärtig politisch zerklüften. Heute haben Sie meiner Ansicht nach ein erstes Mal Gelegenheit, zur innenpolitischen Entspannung beizutragen, echte Brücken zu bauen und nicht einfach nur rhetorische Eintagsbauten herzustellen. Beispielsweise zum Abbau des Grabens, der heute die zwei Drittel der privilegierten Schweizerinnen und Schweizer von ihren weniger gut gestellten Landsleuten trennt. Denn die letzteren – viele alleinstehende Frauen und Männer, Alleinerziehende und Betagte – brauchen heute, in schwierigen Zeiten, mehr Unterstützung, mehr Sicherheit. Das kostet Geld, das Sie ihnen im Budget allzuoft vorenthalten haben. Ihnen bringen keine neuen Kampfflugzeuge mehr Sicherheit, im Gegenteil. Oder der Graben zwischen den Landesgegenden mit einer unterdurchschnittlichen Zahl von Arbeitslosen und jenen Randregionen, die überdurchschnittlich viele Arbeitslose kennen: Diese gehören interessanterweise gleichzeitig zu jenen Kantonen, in denen diese Initiative überdurchschnittlich stark unterstützt wurde und die sich teilweise am vergangenen Sonntag im Stich gelassen fühlten. Sie haben die Initiative gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge so stark begrüsst, wie noch nie eine Initiative in der Schweizer Geschichte unterstützt worden ist – mit Anteilen zwischen 11 und 20 Prozent der Stimmberechtigten. Das wäre bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung schon fast die Hälfte der Stimmenden. Diesen Arbeitslosen und all jenen, die sich vom Geld, das wir hier versprechen, eine optimale Folgewirkung für die Arbeitsbeschaffung erhoffen, erweisen Sie mit der Ablehnung der Anti-Kampfflugzeug-Initiative einen Bärendienst, denn ein Kampfflugzeug-Arbeitsplatz kostet fast 200 000 Franken. Mit diesem Geld könnten im Sozial- und Bildungsbereich doppelt so viele Arbeitsplätze geschaffen werden, ganz abgesehen von den übrigen 90 Prozent des Kredites, die noch weit weniger – absolut unterdurchschnittlich nur – beschäftigungswirksam sind.

Es gibt aber nicht nur innenpolitische Gräben, die sich mit dieser Initiative überwinden liessen, sondern auch gefährliche europäische und weltpolitische Klüfte. Denn im Unterschied zu jener Zeit, in welcher die Beschaffung des modernsten amerikanischen Flugzeuges durch die Schweiz in die Wege geleitet und beschlossen worden ist, ist heute für die meisten Europäerinnen und Europäer deutlich geworden, dass das, was sie wirklich bedroht, keinen militärischen Charakter hat und

dass ihm somit auch nicht mit militärischen Mitteln beizukommen ist.

Was uns europaweit beunruhigen muss, ist die Tatsache, dass wir Westeuropäer derzeit unserer politischen Verantwortung gegenüber der Stabilisierung der jüngsten Demokratien in Mittel- und Osteuropa nicht gerecht werden. Sie fühlen sich von uns wirtschaftlich im Stich gelassen. Daran ändert auch die dritte Tranche unserer Osteuropahilfe nichts. Auch sie macht in der Summe immer noch erst die Hälfte des Geldes aus, das heute mit dieser Initiative für die Kampfflugzeuge verhindert werden sollte. Wenn aber durch die von uns mitverursachte, weil zu wenig abgebaute Not in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion wieder eine diktatorische, autoritäre und diesmal sehr nationalistische Regierung die Macht übernimmt, ist der Friede in Europa wiederum weit mehr bedroht, als wir ihn je mit neuen Kampfflugzeugen sichern könnten.

Das gilt auch für Unfrieden, zu dem wir indirekt mit einer solchen Verschwendung von Ressourcen – in Afrika beispielsweise – beitragen. So gibt es Millionen von Menschen, denen das Nötigste fehlt und die deswegen zu Tausenden elendiglich krepieren. Solange dies so ist – wie heute in Somalia oder in Ruanda oder in Moçambique –, so lange können wir auch hier keinen Frieden finden. So lange ist es für mich politisch obszön, im eigentlichen Sinne anstössig und moralisch verwerflich, Mittel für Kampfflugzeuge auszugeben, die uns für den Fall, für den sie gedacht sind, nicht helfen können – Mittel, die uns für die Ueberwindung des gegenwärtigen Ernstfalles fehlen.

Die Qualifikation «obszön» für dieses unser Handeln stammt übrigens nicht von mir, sondern aus jenem Land, aus dem die Kampfflugzeuge kommen, um die es jetzt hier geht, und erst noch aus der Feder eines ausgesprochen konservativen Publizisten in einer ausgesprochen bürgerlichen Finanzzeitung. Zusammenfassend möchte ich Sie bitten, die Volksinitiative gegen die neuen Kampfflugzeuge zur Annahme zu empfehlen, denn die Investition von 3500 Millionen Franken für solches Kriegsgerät entspringt sicherheitspolitisch falschen Prioritäten. Wir können mit diesem Geld – würden wir es nicht für Kampfflugzeuge ausgeben – im Inland wirtschafts- und sozialpolitisch ungleich mehr Unsicherheit abbauen und europä- und weltweit ungleich mehr zu unserer Sicherheit und zur Sicherheit jener beitragen, die, wenn es ihnen noch schlechter geht, auch unsere Sicherheit wiederum massiv in Frage stellen würden.

Erlauben Sie mir noch drei Gegenargumente zur Kritik und zur Argumentationsweise derjenigen, die diese Initiative bekämpfen, beispielsweise auch zur Kritik, wie sie von den Mehrheitsprechern der Kommission geäussert worden ist:

1. Es wird gesagt, wir würden ein Moratorium verlangen und nicht bloss die Flugzeuge in Frage stellen. Dieses Moratorium wird rhetorisch ausgereizt, denn faktisch bedeutet die Ablehnung der Anschaffung der Flugzeuge automatisch ein Moratorium von zwischen fünf und acht Jahren, weil die Evaluationszeit im Zusammenhang mit jeglicher Neubeschaffung von Militärflugzeugen so lange dauert. Die Evaluationszeit der F/A-18-Flugzeuge dauerte noch viel länger als die Dauer des Moratoriums, die wir hier verlangen. Jene, die das Moratorium im Kampf gegen die Flugzeuge betonen und so tun, als ob das viel mehr wäre als die Ablehnung der Flugzeuge selber, argumentieren taktisch und tun so, als ob politisch mehr verlangt würde als die Ablehnung. Sie kämpfen auf eine falsche Art gegen die Sache, weil sie einen anderen als den faktischen Eindruck erwecken wollen.

2. Selbstverständlich ist die GSoA eine Vereinigung – von heute etwa 30 000 Schweizerinnen und Schweizern – zur Entmilitarisierung der Schweiz und zum Aufbau einer schweizerischen Friedenspolitik ohne Armee. Wenn Sie aber wirklich dazu beitragen wollen, dass Gräben, Spannungen und Klüfte in unserem Land – zwischen den Generationen, zwischen den Regionen und unterschiedlichen politischen Meinungen – abgebaut werden, dann dürfen Sie nicht nur auf den Absender schauen, wenn Sie eine Sache beurteilen, sondern Sie müssen sich auf die Sache konzentrieren. Tun Sie das nicht, dann fallen Sie eigentlich in das totalitäre Denken des kalten Krieges zurück, weil Sie so tun, als ob die Ablehnung jedes Projektes,

für das sich das EMD einsetzt, bereits die Existenz des ganzen EMD in Frage stellen würde.

3. Sie haben sich das politische Aergernis, das Sie angesichts dieser Initiative und des Schubes empfinden, den Sie mit dieser Initiative der GSoA 1992 verschafft haben, selber eingebrockt. Sie verhalten uns zu diesem Schub, weil Sie die politischen Zeichen der Volksabstimmung vom 26. November 1989 nicht zu lesen verstanden. Wir waren keine Sieger; wir waren aber eine starke Minderheit, die etwas zum Ausdruck brachte und die einen Kompromiss verdient hat. Schon dort hätten Sie nämlich merken müssen, dass die Zeiten zu Ende sind, da das EMD auf einem Sockel stand, von dem herab es sich in diesem Lande fast alles und jeden Luxus erlauben durfte.

Diese Initiative war und ist die politische Quittung für Ihren eigenen politischen Irrtum. Sorgen Sie nun dafür, dass Sie das Ihre dazu beitragen, diesen Schaden zu begrenzen, indem Sie wenigstens die jetzt vorliegende Initiative zur Zustimmung empfehlen. Einen Irrtum einzugestehen war schon oft die Voraussetzung dafür, keinen zweiten zu begehen.

Dünki: Die LdU/EVP-Fraktion und ich persönlich haben uns bisher stets bemüht, in der Politik klare Haltungen einzunehmen. Wir haben vor einigen Monaten grossmehrheitlich aus Ueberzeugung gegen die Beschaffung des Flugzeuges F/A-18 gestimmt. Wir sprechen uns aber ebenso deutlich für die Fortführung unserer bewaffneten Neutralität aus. Wir lehnen mit aller Deutlichkeit die Ziele der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee ab.

Das Parlament hat mit seinem Beschluss, den grossen Verpflichtungskredit für die sofortige Beschaffung des umstrittenen Kampfflugzeuges durchzuboxen, eine Chance verpasst. In der jetzigen Zeit der Finanzknappheit, da in allen Bereichen, auch auf sozialem Gebiet, gespart werden muss, kann es die Mehrheit des Schweizervolkes kaum verstehen, dass eine teure Anschaffung getätigt werden soll, deren Nutzen selbst in Fachkreisen bezweifelt wird.

Diese unvernünftige Haltung gibt denjenigen Kräften Auftrieb, welche die Armee sukzessive abschaffen wollen. Die neuen Bestrebungen dieser Gruppierung, auch noch den Zivilschutz zu eliminieren, zeigen doch deutlich, dass sie es versteht, die gegenwärtige Stimmung im Volk auszunützen. Politik hat auch etwas mit Psychologie zu tun. Manchmal wäre es doch geschickter, etwas Zeit zu gewinnen, wenn der Augenblick zur Erfüllung einer Forderung nicht besonders günstig ist. Weniger wäre manchmal mehr!

Unser Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität heisst für uns nicht unbedingt, dass wir alle Absichten des Bundesrates und des EMD in bezug auf die Grösse und den Ausrüstungsstandard unserer Armee teilen müssen. Die Zeiten, in welchen die Armee als heilige Kuh behandelt wurde, sind endgültig vorbei; das wissen Sie so gut wie ich. Wir müssen in Zukunft über die Frage, mit welchen Mitteln die Schweiz die Armee erhalten kann und muss, diskutieren können, ohne gleich zum Armeegegner oder zum Armeebefürworter gestempelt zu werden.

Wir befinden uns in einem Gewissenskonflikt – das gebe ich zu –, weil wir die zehnjährige Verschnaufpause als zu lang erachten, und wir haben gar kein Interesse daran, den GSoA-Leuten Handlangerdienste zu leisten, weil wir ihre wahren Absichten zu kennen glauben. Wir wissen nicht, wie sich die Weltlage entwickelt. Eine billigere Lösung in bezug auf die Flugzeugbeschaffung hätte der Armee mehr gedient, als nach der Volksabstimmung allenfalls vor einem Scherbenhaufen stehen zu müssen.

Wir bezweifeln, ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, bevor sie zur Urne gehen, die Prioritäten so setzen werden wie der Bundesrat. Heute spielt das Geld eine sehr grosse Rolle. Es dürfte schwierig sein, die Stimmbürger davon zu überzeugen, dass es bei dieser Initiative nicht nur um Geld, sondern auch um eine Teilabschaffung der Armee geht.

Unsere Fraktion hat eine Güterabwägung vorgenommen. Sie ist immer noch gegen den Kredit und gegen den teuren F/A-18. Wir sind aber auch gegen das zehnjährige Moratorium. Nun stellt sich die Frage, was wir in dieser Situation tun können. Wir reichen deshalb einen Gegenvorschlag ein, des-

sen Wortlaut Sie auf dem Pult haben. Wir finden es richtig, dass das Schweizervolk einzig und allein auch darüber befinden kann, ob es den F/A-18 will oder nicht, ohne dass es sich die Hände mit dem Moratorium binden muss. Wir finden dies eine faire Lösung; sie dient der Armee auf lange Sicht mehr. Sollte der Verpflichtungskredit abgelehnt werden, könnten wir sofort andere Varianten prüfen, ohne eine zehnjährige Frist abwarten zu müssen. In zehn Jahren kann viel passieren.

Der F/A-18 ist nicht das Allheilmittel, um unsere Unabhängigkeit gegen aussen zu wahren. Es ist schade, dass jetzt versucht wird, alles auf eine Karte zu setzen; das kann verheerende Folgen haben. Eines sollte doch ganz sicher sein: dass die GSoA-Initiative viele Anhänger hat, auch wenn sie von Volk und Ständen abgelehnt werden sollte. Mit einer knappen Volksmehrheit können Sie keine wirksame Landesverteidigung mehr betreiben, und es wird keine Ruhe geben, bis die GSoA ihre Ziele erreicht hat. Heute sollte man dem Volk Gelegenheit geben, sich klar und eindeutig von den GSoA-Anliegen zu distanzieren, indem es sich separat über den Kauf des F/A-18 aussprechen kann. Eine Ablehnung des Kredites würde bedeuten: Diesen Flieger wollen wir in der heutigen Zeit nicht, aber wir befürworten grundsätzlich die Weiterführung unserer bewaffneten Neutralität.

Wenn Sie dies nicht tun, zwingen Sie viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, andere Prioritäten zu setzen. Viele werden sich, vielleicht mit schlechtem Gewissen, auf die Seite der GSoA stellen. Wenn aber die Initiative angenommen wird – damit müssen Sie allenfalls rechnen –, ist das zum Schaden der Schweiz.

Wir sind uns bewusst, dass dieses Vorgehen zu einer zeitlichen Verzögerung führen wird. Sollte der Gegenvorschlag angenommen werden, so müsste das Volk ein zweites Mal zur Urne gehen, um noch über den Bundesbeschluss abzustimmen. Das wäre aber verantwortbar, weil dann die GSoA-Initiative vom Tisch wäre.

Die Annahme ist berechtigt, dass bei diesem Vorschlag Volk und Stände die zur Diskussion stehende Initiative verwerfen und den Gegenvorschlag annehmen. Das wäre nach unserer Meinung das kleinere Übel. Das Kampfflugzeug kann noch nicht gekauft werden, aber das verhängnisvolle Moratorium käme nicht zum Tragen. Innert kurzer Zeit könnte eine weitere Volksabstimmung angeordnet werden. Der Zeitgewinn könnte sehr nützlich sein.

Bei unserem Vorschlag geben wir den Stimmbürgern das letzte Wort, was wir in dieser wichtigen Sache als unentbehrlich erachten. Die grosse Zahl von Unterschriften beim Sammeln der GSoA-Initiative hat dies bestätigt. Geben wir dem Volk Gelegenheit, sich einzig und allein über den Beschaffungsbeschluss auszusprechen; dann haben wir klare Verhältnisse. Regierung und Parlament sollten in einer gesunden Demokratie keine Angst vor dem Volk haben.

Wir zeigen Ihnen heute einen gangbaren Weg auf. Es ist nun Ihre Sache, darüber zu befinden. Bedenken Sie aber, dass es oft gefährlich ist, alles auf eine Karte zu setzen, mit dem Resultat, dass man am Schluss zu nichts kommt. Wir möchten lieber den Spatz in der Hand haben als die Taube auf dem Dach. Sollten Sie unseren Gegenvorschlag ablehnen, wird die Mehrheit unserer Fraktion sicher die Volksinitiative mit ganz schlechtem Gewissen unterstützen. Persönlich werde ich mich der Stimme enthalten; die Gründe habe ich Ihnen genannt.

M. Epiney: Qu'on le veuille ou non, l'avenir reste chargé d'incertitudes et de menaces. Il n'est dès lors pas question pour nous d'accréditer l'écho de marchands d'illusions. Cependant, aussi bien sur le plan international que sur le plan intérieur, il appelle de notre part une nouvelle approche des problèmes liés à notre défense nationale, car si les menaces demeurent, elles ont cependant changé de visage.

Sur le plan international, d'une part, l'imminence d'un conflit généralisé Est-Ouest s'est estompée. Le Conseil fédéral, dans son message concernant l'initiative populaire «pour une Suisse sans nouveaux avions de combat», le reconnaît d'ailleurs expressément ad 59 puisqu'il dit: «A l'heure actuelle, notre pays n'est menacé par personne.» En revanche, des ris-

ques de dérapage s'avèrent être non seulement sérieux, mais encore font apparaître notre impuissance. L'effondrement du bloc communiste, la présence incontrôlée d'un arsenal militaire synonyme d'holocauste, le danger de catastrophes écologiques, ainsi que la détresse morale et économique de certains peuples, constituent de nouveaux points d'interrogation et de nouveaux dangers potentiels.

Alors, l'acquisition de ces 34 F/A-18 est-elle la réponse appropriée à ces nouvelles menaces, récentes, diffuses et sournoises, qui peuvent dégénérer à tous moments en conflits localisés, en bradage et dissémination de l'arsenal militaire de l'Est, en chantage à l'arme nucléaire, en émergence du nationalisme, de l'extrémisme ou de fondamentalismes, ou tout simplement en l'exode massif et insupportable de populations prêtes à tout, car acculées au pire? Manifestement, l'acquisition de ces 34 avions ne répond pas à ces interpellations. Et notre pays, tout en restant vigilant, ne doit-il dès lors pas prendre d'autres mesures pour anticiper la mise à feu de toutes ces bombes à retardement? A situation nouvelle, réponse nouvelle.

Sur le plan intérieur, d'autre part, le refus de l'Espace économique européen va inexorablement réduire notre capacité financière. Pensez-vous que le peuple comprendra la globalité de cet achat, au moment où nous devons nous battre pour contenir le chômage, préserver des places de travail par une relance notamment de la politique régionale indispensable pour les régions défavorisées, touchées spécialement par la crise et qui, de surcroît, doivent supporter les nuisances de l'armée sans compensations économiques adéquates? Pensez-vous que notre jeunesse, dont l'avenir a été décidé par des parents passésistes, comprendra les réductions linéaires et autres compressions du budget, y compris dans des secteurs engageant le futur du pays?

En refusant ce contre-projet, souple quant au fond, vous ferez le lit de cette initiative perverse, qui s'inscrit dans un programme de suppression de l'armée, programme auquel il n'est pas question d'adhérer en ce qui nous concerne. Faire preuve d'arrogance et de naïveté, en soumettant l'initiative sans contre-projet, n'est-ce pas déclencher la susceptibilité du peuple meurtri par le débat EEE, mais surtout confronté à l'angoisse du lendemain et à la peur des pertes d'emplois, y compris d'ailleurs au DMF? N'est-ce pas susciter l'ire et l'hostilité des régions pourtant favorables à l'armée, mais confrontées soit à une absence de compensations économiques en rapport avec les nuisances, soit à une réduction de personnel ou de commandes émanant de la Confédération. Il n'y a pas le feu à bord de ces F/A-18 qui sont le rejeton de la guerre froide. Ne prenez pas le risque, le même que vous avez pris avec le moratoire en matière nucléaire. Ce contre-projet laisse par ailleurs ouvertes toutes les options – et il devrait satisfaire tout le monde, – tout en donnant au peuple la garantie d'adapter notre défense nationale au nouveau visage qu'ont pris les menaces récentes et également pour permettre à la formation de nos pilotes de s'opérer dans de bonnes conditions. Ensuite, il répond également aux impératifs de la crise actuelle, puisqu'il ne nous oblige pas à acheter globalement la totalité de ces avions. Ne jouez pas l'arrogance de l'autorité contre la susceptibilité du peuple! Il y va de notre crédibilité et de notre représentativité.

Leu Josef: Im Namen der CVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, die Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Es sind politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitisch-militärische Gründe, welche unsere Fraktion zu diesem Entschluss bewegen. Die CVP-Fraktion will damit auch jetzt die Schlüsselfunktion, die sie bereits beim parlamentarischen Flugzeugentscheid vom 12. Juni 1992 hatte, konsequent und unmissverständlich übernehmen.

Die GSoA-Initiative setzt mehr aufs Spiel als die blosse Flugzeugfrage. Sie will jede Erneuerung des Luftschirmes bis ins Jahr 2000 verhindern. Die GSoA verfolgt bekanntlich als langfristiges Ziel die Wehrlosmachung der Schweiz. Die vorliegende Flugzeugverhinderungs- oder Flugwaffenabschaffungs-Initiative ist einer der Teilschritte zu diesem Ziel.

Diese Initiative ist aber auch ein Mittel, um unsere Staatsordnung in einem nicht offensichtlichen, aber um so verhängnisvolleren Sinn umzukrempeln. Das Prinzip der Gewaltenteilung in unserem Rechtsstaat wird unter dem Titel «Wahrung und Ausbau der Volksrechte» unterlaufen. Rückwirkend verfassungsrechtlich garantierte Zuständigkeiten zu verschieben ist Missbrauch und damit bewusste Gefährdung unserer Demokratie, weil die Führbarkeit eines Staatswesens mit der Zeit nicht mehr sichergestellt ist. Auf dieses hinterhältige, politisch gefährliche und chaotische Hauptziel der GSoA muss in grosser Sorge und mit allem Nachdruck aufmerksam gemacht werden. Der zu führende Abstimmungskampf wird uns dazu Gelegenheit bieten.

Niemand kann heute voraussagen, welchen militärisch relevanten Gefahren Europa und auch die Schweiz in fünf oder zehn Jahren ausgesetzt sein werden. Jugoslawien ist der Beweis dafür, dass nicht nur in fernen Weltgegenden nach wie vor Kriege möglich sind, sondern selbst in Europa. Auch im erweiterten Europa, in Moldawien, Georgien und in Aserbaidschan, wird Krieg geführt, und in Irak musste die Uno eine Flugverbotszone einrichten, um die Schiiten vor Saddam Hussein zu schützen.

Abgesehen von aller Tragik muss immer wieder festgestellt werden: Wer über keinen wirksamen Luftschirm verfügt, gerät früher oder später ins Hintertreffen. Auch mit einem noch so hartnäckigen, mutigen Widerstand am Boden können Land und Bevölkerung auf die Dauer nicht geschützt werden.

In Anbetracht dieser sicherheitspolitischen Ungewissheit bedeutet die zeitgerechte Erneuerung unserer Flugwaffe nichts anderes als eine elementare Vorsichtsmassnahme. Im Sicherheitsbericht 90 und im Armeeleitbild 95 kommt klar zum Ausdruck, dass wir alles tun wollen, was in unserer Macht steht, um Kriege und offene Gewalt möglichst von vornherein zu verhindern. Trotzdem kann sich niemand in diesem Saal aus der Verantwortung stehlen, welche uns die Tatsache auferlegt, dass der ewige Friede – sofern überhaupt erreichbar – noch unsichtbar weit weg ist.

Aus diesem Befund gilt es Konsequenzen zu ziehen. Es geht darum, unsere Verteidigungsfähigkeit und unsere sicherheitspolitische Souveränität aufrechtzuerhalten. Es geht aber auch um die Solidarität mit dem demokratischen Europa, denn das neue, zusätzliche Ziel unserer Sicherheitspolitik lautet: Beitrag an die internationale Stabilität vornehmlich in Europa. Friedenssichernde Aktionen und Katastrophenhilfe genügen dabei nicht. Sollte das demokratische Europa als Ganzes angegriffen werden, muss die Schweizer Armee fähig sein – auch ohne formelle Bündnisverpflichtung –, auf oder über ihrem Territorium für Ordnung zu sorgen.

Dabei gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder kann die Schweiz ihre Lufthoheit garantieren, oder sie kann es eben nicht. Wenn sie es nicht kann oder nicht mehr kann und nur noch so tut, als ob sie es könnte, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit; sie macht sich international lächerlich. Ein Moratorium beim Ersatz unserer überalterten Flugzeuge oder gar ein Verzicht auf unsere Flugwaffe hätten sehr ernsthafte und ausschliesslich negative Folgen, nämlich staats-, sicherheits- und integrationspolitisch. Daran kann niemand interessiert sein ausser jenen Kreisen, die seit langem versuchen, unser Land zu entwaffnen, ihm seine Schutzmöglichkeiten zu nehmen und es in einer Zeit, in der Solidarität mit anderen immer wichtiger wird, auch vor dem Ausland zu demütigen.

Aufgrund dieser Überlegungen wird unsere Fraktion auf keine Halbheiten im Sinne der eingereichten Gegenvorschläge einschwenken, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen namens der CVP-Fraktion, die Initiative zu verwerfen und dem entsprechenden Bundesbeschluss zuzustimmen.

M. Carobbio: L'initiative «pour une Suisse sans nouveaux avions de combat» – personne ne peut le contester – a rencontré un succès extraordinaire. Plus de 500 000 personnes, tous courants politiques et sociaux confondus, l'ont signée en un peu plus de deux mois. Ce succès a été la réaction et la réponse d'importantes couches de la population à la décision

du gouvernement et de la majorité du Parlement d'acheter le nouvel avion de combat F/A-18. Les signataires de l'initiative et des autres pétitions ont voulu clairement exprimer leur désaccord vis-à-vis du choix fait par la majorité du Parlement sur un objet important comme celui de l'achat du nouvel avion de combat.

Cet achat, vous devez l'admettre, indépendamment du type d'avion choisi, soulève chez beaucoup de citoyennes et de citoyens des questions de caractère général. Cela est du reste démontré ici par la présentation de deux propositions différentes de l'initiative et émanant de milieux qui ne sont pas à compter parmi les opposants de principe à l'armée. Deux questions, en particulier, préoccupent beaucoup de citoyennes et de citoyens. Premièrement, une défense armée, basée sur une aviation dotée d'avions toujours plus sophistiqués du type F/A-18, est-elle vraiment nécessaire dans le nouveau contexte politique international et national, notamment au vu de la politique de sécurité d'un petit pays comme le nôtre?

Deuxièmement, un investissement de 3,5 milliards pour l'achat d'un nombre limité d'avions est-il vraiment, dans un moment de graves difficultés des finances fédérales et face à une crise économique telle que celle que nous connaissons actuellement en Suisse, avec plus de 120 000 chômeurs, le choix prioritaire à faire?

Les socialistes, qui s'étaient opposés à la proposition d'achat du F/A-18, ont déjà répondu par la négative aux deux questions que je viens de poser. C'est dans le même ordre d'idée qu'ils avaient demandé, au cours des discussions, le réexamen du rapport de la politique de sécurité et du plan directeur de l'armée. Conformément à ses positions, le groupe socialiste, aujourd'hui, soutient l'initiative en discussion.

En plus des arguments d'ordre général que je viens de rappeler, les considérations suivantes justifient notre appui à l'initiative. Comme le reconnaît le Conseil fédéral dans son message, l'initiative satisfait aux exigences formelles et matérielles admises par la doctrine et la pratique. Sur la forme, elle est donc valable, même avec sa clause de rétroactivité sur laquelle les avis divergent.

Nous prenons acte avec satisfaction que personne n'a choisi d'engager un débat juridique sur cette question pour tenter d'invalider l'initiative. Une telle démarche aurait été dangereuse politiquement et n'aurait pas du tout été comprise par l'opinion publique. Il faut donner acte au Département militaire fédéral et au Conseil fédéral d'avoir tout de suite tranché en faveur de cette solution.

Dans ce contexte, la proposition Leuba visant à remplacer à l'article premier le terme «valable» par «recevable» nous paraît être une finesse juridique qui ne change pas le fond du problème. L'initiative est admise et discutée quant à son contenu et non du point de vue formel. Matériellement, l'initiative fixe deux objectifs, de notre point de vue, raisonnables et légitimes. Le premier est celui de permettre aux citoyens et aux citoyennes de se prononcer sur la décision de la majorité de ce Parlement d'acheter le nouvel avion de combat. Elle assume donc la fonction de référendum financier. Il y a longtemps que de larges couches de la population ne comprennent pas qu'on leur refuse le droit de se prononcer sur des dépenses importantes comme le sont en général celles pour l'armement. Ceux qui, en leur temps, se sont opposés à l'initiative socialiste pour l'introduction du droit de référendum facultatif en matière de dépenses militaires sont malvenus aujourd'hui lorsqu'ils reprochent à l'initiative d'être un moyen de discussion pour dissoudre l'armée. Les socialistes – je le répète – sont d'avis que le peuple doit être consulté pour des projets importants comme celui de l'achat du nouvel avion de combat.

Le deuxième objectif de l'initiative – à mon avis le plus important – vise à obtenir, indépendamment du type d'avion, une pause dans la réflexion en matière d'achat d'avions de combat, un moratoire de pratiquement sept ans. A notre avis, un tel moratoire est parfaitement justifié et acceptable. J'ai entendu que d'autres, dans les rangs bourgeois, pensent qu'une telle solution peut être envisagée, même s'ils la considèrent dans une forme différente de l'initiative. Personne ne peut contester – le débat que nous avons eu lors des discussions

sur l'achat du F/A-18 et certaines déclarations du chef du Département militaire fédéral l'ont largement démontré – que les conceptions de la politique de sécurité sont en évolution et ouvertes à diverses solutions, surtout dans le cadre de ce qui se passe aujourd'hui en Europe. Les situations que nous connaissons peuvent être lues différemment. Il n'y a pas seulement les dangers d'ordre militaire, il y a aussi une tendance à rechercher d'autres options en matière de politique de sécurité. Il n'y a donc aucune raison de s'engager aujourd'hui dans une option que nous pourrions être amenés à revoir dans quelques années. Une pause dans la réflexion en la matière est donc souhaitable, possible et ne compromet pas le choix futur parce qu'elle laisse ouverte la porte à la recherche de solutions alternatives plus conformes à nos exigences et à nos possibilités, ainsi qu'aux situations qui pourraient surgir en Europe.

Le moratoire est aussi justifié du point de vue financier. L'argumentation, avancée par le Département militaire fédéral et reprise ici par les rapporteurs, selon laquelle l'argent qui ne serait éventuellement pas dépensé en cas d'acceptation de l'initiative devrait de toute façon être utilisé dans le domaine militaire, peut être mise en discussion. Politiquement, rien n'interdit d'utiliser une partie de cet argent différemment, par exemple pour des programmes de relance économique et d'aide aux régions plus touchées par le chômage, comme la Suisse romande et le Tessin. Dans ce contexte, l'affirmation figurant sous chiffre 44 dans le message «dans la situation économique actuelle, ce serait faire preuve d'un manque de sens des responsabilités que de ne pas exploiter judicieusement les avantages économiques résultant de l'acquisition du nouvel avion de combat» peut être facilement retournée et mise en discussion. Si on utilisait l'argent prévu pour cette opération ou une partie de celui-ci dans des programmes civils de relance économique, les effets sur l'emploi seraient bien plus importants et concrets que ceux que nous aurions avec l'achat de l'avion F/A-18. Dans son commentaire, le Conseil fédéral affirme encore: «Si l'initiative était acceptée, il faudrait revoir le principe de notre politique de sécurité actuelle» – celle que nous avons approuvée il y a une année. Nous répondons qu'il suffirait, sur la base du rapport sur la politique de sécurité que la majorité de ce Parlement a adopté en 1991, de mettre l'accent sur les options non militaires de celle-ci. De toute façon, une révision serait bien accueillie de notre part.

Pour finir, encore deux mots sur un autre argument des opposants à l'initiative. On prétend qu'en réalité – M. Leu Josef, qui m'a précédé, a répété ce discours – l'initiative n'est qu'un acte d'une stratégie plus générale contre la défense et l'armée, comme le seraient les initiatives socialistes pour une réduction des dépenses d'armement et pour interdire les exportations d'armes, ainsi que l'initiative «40 places d'armes, ça suffit». Je me permets d'inviter tous ceux qui acceptent cette argumentation à se demander si en effet la question n'est pas autre, c'est-à-dire: «Quelle est aujourd'hui la politique de sécurité dont nous avons vraiment besoin?» Vous devez admettre qu'il n'y a pas qu'une seule réponse. Celle qui est acceptée jusqu'ici est axée essentiellement sur la défense armée, mais il y en a aussi une autre qui demande des mesures à caractère politique en faveur de la paix, une variante qui préconise une limitation du rôle et du poids de l'armée. L'initiative en discussion, pour nous socialistes, s'inscrit dans cette option. C'est pour cela que nous approuvons la proposition de minorité Gross Andreas qui demande d'accepter cette initiative. Je vous invite à faire de même.

Bischof: Bei der hier vorliegenden Volksinitiative geht es den Initianten nicht nur um eine Schweiz ohne Kampfflugzeuge, sondern auch um eine Schweiz ohne Armee. Darüber müssen wir uns im klaren sein.

Mit der Annahme dieser Initiative würde nicht nur der Kauf von 34 neuen Flugzeugen verunmöglicht. Vielmehr müsste die Schweiz bis Ende 1999 auf jede Erneuerung der Flugwaffe verzichten – und hier hört es dann auf.

Die Notwendigkeit neuer Kampfflugzeuge ist im Rüstungsprogramm 1992 und im Armeeleitbild 95 ausführlich begründet. Eine Nichterneuerung unserer derzeit veralteten Flugwaffe

würde einen Verzicht auf jenes Instrument bedeuten, das am Anfang eines kriegerischen Konflikts die wichtigste Rolle bei der Abschreckung oder Bekämpfung eines Gegners spielt.

Die GSoA, die jetzt, nach dem Scheitern ihrer Armeeaufschaffungs-Initiative, die Modernisierung des Flugzeugparks verhindern will, steht – wenn man zu unseren Partnern ins Ausland schaut – völlig neben den Schuhen. Wir denken zum Beispiel an Deutschland, wo heute bereits ein grosser Teil der Friedensforscher ungeschminkt für eine Aufwertung der Bundeswehr und deren Einsatz ausserhalb des Nato-Gebietes eintritt. Diese die sture GSoA-Politik weit hinter sich lassende Absicht fortschrittlicher deutscher Friedensforscher zur Aufdatierung der eigenen Streitkräfte verkündet Peter Weishaupt – Herr Gross Andreas kennt ihn sicher –, Mitglied des Schweizerischen Friedensrates und weiterer Organisationen dieser Art, übrigens ein gewiegter Dienst- und Zivilschutzverweigerer.

Der politisch-ideologische Rückstand der GSoA wird durch die Feststellung verdeutlicht, dass die realsozialistische Implosion Gewalt und Krieg keineswegs aus der Welt geschafft hat, sondern im Gegenteil europäische und internationale Kriege erst richtig führbar werden liess. Jedoch braucht es für eine solche Erkenntnis einen ideologisch ungetrübten Blick. Die Mehrheit der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi ist nun – nach dem EWR-Nein – erst recht davon überzeugt, dass unsere Schweiz neue und moderne Kampfflugzeuge braucht.

Wir beantragen Ihnen deshalb die Ablehnung der Initiative sowie aller Anträge, die der Flugzeugbeschaffung zuwiderlaufen.

Frau Hollenstein: Wie es in unserem Rat üblich ist, will ich zuerst meine Interessen offenlegen. Ich bin Mitglied des Initiativkomitees für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge.

Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission verrete ich zudem jenen Teil der Bevölkerung, der von der Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission nicht vertreten wird: die Frauen und jene, die beim Militär mehr als nur kosmetische Abstriche machen wollen.

Die grüne Fraktion lehnte im Juni dieses Jahres die Vorlage zur Beschaffung von 34 F/A-18-Flugzeugen einstimmig ab. Die Grünen unterstützen die Initiative und werden sich im Abstimmungskampf für ein Volks-Ja einsetzen. Wir fordern, dass die dadurch freiwerdenden finanziellen Mittel nicht anderweitig für Rüstungsgüter verwendet, sondern für nichtmilitärische Friedenssicherung eingesetzt werden.

Wir haben heute als Parlament nochmals Gelegenheit, unseren Fehlentscheid vom Juni zu korrigieren und dem Volk die Annahme der Initiative zu empfehlen. Dafür gibt es viele Gründe. Ich beschränke mich hier auf zwei.

1. Die Beschaffung der F/A-18 ist weder ökologisch noch sozial verantwortlich. Aus Umweltschutzgründen kann deshalb nur ein Ja zur Initiative die richtige Antwort sein. Vor drei Wochen habe ich in Basel an einer Fachtagung «Klimagefahren durch Flugverkehr» teilgenommen, an der namhafte Fachleute referierten. Eine der vierzehn Forderungen des Dreiländerforums war: Militärflüge müssen auf ein Minimum beschränkt werden. Mit der Beschaffung der 34 F/A-18 würde diese Forderung missachtet. Man weiss heute, dass weltweit für den militärischen Flugverkehr 25 Prozent des gesamten Flugbenzins verbraucht werden. Die schweizerische Luftwaffe trägt mit ihrem jährlichen Verbrauch von 57 Millionen Liter Kerosin das ihre dazu bei. Die geplante F/A-18-Flotte würde pro Jahr 31 Millionen Liter Kerosin verbrauchen. Dies ist angesichts gravierender globaler Umweltprobleme einfach nicht verantwortlich. Vielmehr muss die Schweiz ihre CO₂-Emissionen drastisch vermindern, um umweltverträglich zu werden. Der Verzicht auf neue Kampfflugzeuge wäre ein kleiner Beitrag dazu.

2. 34 F/A-18 Kampfflugzeuge kosten mehr als die gesamten jährlichen Gesundheitsausgaben von 45 afrikanischen Ländern. Ich frage Sie: Wie lässt sich unser Kauf von Kampfflugzeugen gegenüber den Menschen, die täglich ums nackte Überleben kämpfen, rechtfertigen?

Einige von Ihnen mögen feststellen, dass ich im Zusammenhang mit EMD-Ausgaben immer wieder auf globale Bezüge

hinweise und eine andere Prioritätensetzung fordere. Ich werde nicht nachlassen, auf unsere unverantwortbare, falsche Ausgabenpolitik hinzuweisen, bis letztlich eine Mehrheit hier im Saal zur Kenntnis nimmt, dass es uns auf die Dauer nur gutgeht, wenn es auch den Benachteiligten hier und weltweit gutgeht. Unsere Zukunft ist nur gesichert, wenn es den anderen auch bessergeht. Diese langfristige Perspektive wird aber unter anderem von dieser Flugzeugbeschaffung behindert. Aus ökologischen und sozialen Abwägungen ist es unverantwortbar, dass wir derart hohe Beträge in unsere Luftwaffe pumpen, wenn uns die Finanzen zur Erhaltung unserer Grundlagen und zum Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten fehlen. Heute, am Tag der Menschenrechte, stünde es uns gut an, den Beschluss zu fassen, die Flugzeugmilliarden in friedenssichernde Projekte zu investieren. Aufrüstung hat nichts mit Frieden zu tun. Worauf warten wir eigentlich noch?

Meier Hans: Die grüne Fraktion teilt weitgehend die Auffassung des Bundesrates über die sicherheitspolitische Lage, die er im Bericht 90 festgehalten hat. Nur kommen wir für die Abwehr der Gefahren, die uns bedrohen, zu ganz anderen Schlüssen.

Als ehemaliger Offiziersschüler – lang ist's her – weiss ich, dass auf dem Gefechtsfelde Panzer- und Infanteriebewegungen nur unter einem glaubwürdigen Luftschirm möglich sind. Dazu bräuchten wir modernste Kampfflugzeuge. Aber 34 würden dazu nicht genügen; da braucht es mindestens 100.

Als Mensch und Politiker aber weiss ich, dass die wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit nicht solche sind, denen man mit klassischen militärischen Mitteln begegnen kann. Die F/A-18 nützen nichts gegen das Ozonloch. Sie nützen nichts in der Asylproblematik. Sie helfen nicht, unsere Wirtschafts- und Sozialprobleme zu lösen. Kurzum: Wir könnten die 3,5 Milliarden Franken in der heutigen Zeit für gescheitere Dinge verwenden.

Ich bedauere, dass ich die Initiative einer Organisation, deren Ziele ich nicht teile, unterstützen muss. Schade, dass es dem Parlament nicht gelungen ist, den gordischen Knoten der F/A-18-Beschaffung zu durchhauen, auf dieses Milliardengeschäft zu verzichten und so der GSoA-Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Der Vorschlag der LdU/EVP-Fraktion würde die Möglichkeit eröffnen, dass das Volk über die F/A-18-Beschaffung abstimmt, ohne das Moratorium der GSoA-Initiative akzeptieren zu müssen.

Auch der Antrag Epiney ist vernünftig und öffnet einen Ausweg aus der Sackgasse, in die sich das Parlament mit dem sturen Festhalten an der Beschaffung der Flugzeuge hineinmanövriert hat. Allerdings zweifle ich, ob die «Kampfhähne» und «Kampfhennen» auf beiden Seiten auf diese beiden vernünftigen Vorschläge eingehen werden. Werden die beiden Anträge aber abgelehnt, so wird die grüne Fraktion geschlossen der Initiative zustimmen.

Hess Otto: Die Botschaft des Bundesrates zur GSoA-Initiative ist klar und deutlich. Die SVP-Fraktion stellt sich hinter die bündnerische Beurteilung.

Wir haben uns in diesem Rat seinerzeit – bei der Frage der Flugzeugbeschaffung – sehr ausgiebig und detailliert mit der Frage der Modernisierung der Luftwaffe befasst und auch die Wahl des Flugzeugtyps sorgfältig abgeklärt und ausgedehnt diskutiert. Die Notwendigkeit einer technischen Erneuerung unserer Luftwaffe ist ausgewiesen. Seit der Behandlung dieses Geschäftes im Parlament hat sich nichts verändert, das gegen den seinerzeitigen Beschaffungsbeschluss spricht. Im Gegenteil, wir werden immer wieder aufs neue von Ereignissen aufgeschreckt, die offenkundig zeigen, wie weit wir vom Weltfrieden entfernt sind.

Nun geht es im Zusammenhang mit dieser Initiative nicht nur um die Frage des Kaufs des seinerzeit umstrittenen Flugzeugtyps F/A-18. Es geht ganz generell um die Frage der Modernisierung unserer Luftwaffe, denn es heisst in den von den Initianten vorgesehenen Uebergangsbestimmungen Artikel 20 Absatz 1 (neu) BV ganz klar und deutlich: «Der Bund beschafft bis zum Jahre 2000 keine Kampfflugzeuge.»

Ein guter, schützender Luftschirm ist aber ein zentrales Element unserer neuen Konzeption, der «Armee 95», in der von der bisher statischen Verteidigung unseres Territoriums zur beweglichen Raumverteidigung gewechselt wird. Es geht also im Zusammenhang mit dieser Initiative letztlich um die Glaubwürdigkeit unserer Armee. Wir können nicht zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Armee ja sagen – unser Volk hat das vor drei Jahren getan –, dann aber nicht bereit sein, denjenigen, die für die Auftrags Erfüllung zuständig sind, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das wäre eine unehrliche, unkonsequente Politik.

Es geht aber auch darum, den Willen, unsere Neutralität aufrechtzuerhalten, aufs neue zu dokumentieren. Wenn wir nicht mehr in der Lage und willens sind, unseren eigenen Luftraum zu überwachen, muss unsere Neutralitätspolitik neu überprüft werden.

Jede andere Art, einen guten Luftschirm aufzubauen, kommt uns entweder teurer zu stehen oder stellt bezüglich Wirkung die schlechtere Lösung dar. Ein Konzept, das sich nur auf Raketenabwehr abstützt, eignet sich bei unseren Geländebedingungen überhaupt nicht oder kommt uns viel teurer zu stehen. Es kommt vor allem aus Neutralitätsgründen zur Luftüberwachung nicht in Frage. Die kostengünstigste Variante ergibt sich aus einer Mischung von Fliegerabwehrsystem und Kampfflugzeugen. Damit das möglich wird, muss unsere überalterte Luftwaffe modernisiert werden.

Wir sind nicht der einzige Kleinstaat, der zu dieser Ueberzeugung gelangt. Verschiedene europäische Staaten haben die Erneuerung entweder bereits vollzogen oder sind daran, dies zu tun. Dabei geht es in unserem Fall um einen Ersatz von ausgedienten Maschinen und nicht um eine zusätzliche Beschaffung. Die Flugzeugflotte wird künftig sogar stark reduziert.

Aber auch die angespannte Finanzlage des Bundes kann kein Grund sein, um die Initiative zu unterstützen. Das EMD hat im Rahmen der Finanzplanung einen grossen Beitrag geleistet, um den Bundeshaushalt zu schonen. Die Beschaffung der neuen Flugzeuge erfolgt im Rahmen des ordentlichen Budgets und belastet die Bundeskasse nicht zusätzlich. Eine weitere Reduktion der Ausgaben würde uns unweigerlich vor die Frage stellen, ob unsere Armee und unsere Landesverteidigung noch glaubwürdig sein können.

Natürlich beanspruchen moderne Waffensysteme für die Luftverteidigung grosse finanzielle Mittel, die auch uns zu denken geben. Sie sind aber aus sicherheitspolitischen Ueberlegungen notwendig und erforderlich. Dabei darf man nicht vergessen, dass der Industrie – vertraglich abgesichert – ermöglicht wird, sich mit einem Auftragsvolumen von 300 Millionen Franken an der Herstellung der Flugzeuge direkt zu beteiligen. Zusätzlich werden Ausgleichsgeschäfte im Umfang von 2 Milliarden Franken eröffnet. Im heutigen wirtschaftlichen Umfeld ist das, weiss Gott, kein Pappenstiel.

Die Initiative verlangt zwar ein Moratorium von sieben Jahren, aber machen wir uns keine Illusionen: Bei Annahme dieser Initiative wäre die Anschluss-Initiative gleich vorprogrammiert.

Es kommt dazu, dass wir im Jahr 2000, nach Ablauf des Moratoriums, im Bereich Luftwaffe nicht einfach weiterfahren könnten, als ob nichts geschehen wäre. Bei der Luftwaffe haben wir es mit einem technisch anspruchsvollen Bereich zu tun, in dem auf allen Stufen – Berufspiloten, Mechaniker und Unterhaltspersonal – Spezialisten am Werk sind. Wird die dringend notwendige, ausgewiesene Modernisierung unseres Flugzeugbestandes verweigert, so verlassen vor allem die jungen Leute ihre Posten, weil niemand in einem so unsicheren Bereich arbeiten will, in dem man keine Zukunft mehr hat. Es wäre eine grobe Täuschung zu glauben, wir könnten im Jahr 2000 einfach weiterfahren, wo wir im Jahr 1992 aufgehört haben. Der Nachholbedarf würde so gross, dass wir die Kraft kaum mehr aufbrächten, dieses Manko wieder zu beseitigen.

Nein, die Auswirkungen bei Annahme dieser Initiative sind weit grösser, als das bei einer groben Beurteilung in Erscheinung tritt. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee hat das klare Ziel vor Augen, unsere Armee abzuschaffen; sie sagt das ja auch. Es ist ihr mit der Abschaffungs-Initiative nicht in einem Wurf gelungen, dieses Ziel zu erreichen; deshalb wird nun der Versuch unternommen, es tranchenweise zu verwirklichen.

Die SVP will das nicht. Sie steht nach wie vor zu einer glaubwürdigen Armee, die mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet wird, um ihren Auftrag zu erfüllen. Unsere Fraktion steht geschlossen hinter dem Antrag des Bundesrates und lehnt die Initiative ab.

Wir haben innerhalb der Fraktion die Anträge Dünki und Epiney nicht beraten können. Persönlich lehne ich auch diese Anträge ab, die als Gegenvorschläge zur Initiative gedacht sind. Der Antrag Epiney scheint mir nicht sinnvoll und in seiner Durchführbarkeit äusserst problematisch zu sein. Der Antrag der LdU/EVP-Fraktion, den Herr Dünki begründet hat, kommt praktisch einem Rüstungsreferendum gleich. Darüber haben wir uns in diesem Saal schon mehrmals unterhalten. Auch das Volk hat seinerzeit das Rüstungsreferendum abgelehnt. Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie, auch diese beiden Anträge abzulehnen.

Meier Samuel: Die Zuständigkeit für die Beschaffung von neuem Rüstungsmaterial beziehungsweise für die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges F/A-18 ist ganz klar geregelt. Der Antrag des Bundesrates für die Beschaffung des neuen Fliegers hat die parlamentarischen Beratungen in der vergangenen Sommersession ordnungsgemäss passiert. Das Interesse und die Anteilnahme der Bevölkerung waren damals – und sind es heute noch – sehr gross, und die Emotionen entzündeten sich an diesem Milliardenentscheid.

Meine Frage ist nun: Warum wurde seitens der Bevölkerung dieser Flugzeugbeschaffung derart grosses Interesse entgegengebracht? Sie wissen es: Rüstungsbeschaffungen, insbesondere bedeutsame, milliardenschwere Rüstungsbeschaffungen, gaben schon immer Anlass zu ausgedehnten Diskussionen. Denken Sie auch an frühere und nicht allzu ferne Zeiten zurück, als es darum ging, die Stimmbürgerin und den Stimmbürger in die Entscheidung bei Rüstungsbeschaffungen einzubeziehen und das Rüstungsreferendum einzuführen. Wir haben es von meinem Vorredner gehört: Das Rüstungsreferendum wurde damals nicht nur von unseren Räten, sondern auch vom Volk abgelehnt.

Ich selber und meine Fraktion sind der Auffassung, dass es trotzdem gute Gründe gibt, Bürgerinnen und Bürger bei gewissen Entscheidungen der Rüstungsbeschaffung mitreden zu lassen. Insbesondere dann sehen wir eine Mitsprache als gegeben, wenn es sich um Rüstungsbeschaffungen handelt, die entweder äusserst umstritten sind oder die einen gewissen finanziellen Rahmen sprengen oder übersteigen. Vergleichen Sie doch mit der Neat: Ein milliardenschweres Zukunftsprojekt, über das wir erst nach Ergreifung des Referendums abstimmen konnten!

Ueberhaupt meine ich, dass die Frage der Flugzeugbeschaffung nach der EWR-Frage und nach der Neat-Frage in diesem Jahr 1992 eine der wichtigsten für uns, für unsere Bevölkerung ist.

Aus alledem leite ich ab, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein grosses Interesse daran haben, bei der Entscheidung zur Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges mitzureden. Ich war schon bei der Beratung in unserem Rat über die F/A-18-Beschaffung der Auffassung, unser Beschluss sei dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Damals, so schien es mir, war die begründete oder unbegründete Angst, die Befürchtung, die Flugzeugbeschaffung könnte bei einer Abstimmung verworfen werden, in unserem Rat noch allzu gross. Das war ja auch ein Grund, warum dieses Geschäft dem Volk nicht obligat zur Entscheidung unterbreitet wurde.

Es ist eine Tatsache, dass die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Kampfflugzeuge» auf unseren Tischen liegt. Auch an der Tatsache, dass diese Initiative von über 181 000 Schweizerinnen und Schweizern unterzeichnet wurde, darf nicht vorbeigesehen werden. Faktisch waren es ja noch viel mehr Unterschriften. Auch das spiegelt das grosse Interesse an der Flugzeugbeschaffung wider.

Bei der Würdigung der vorliegenden Volksinitiative geht es mir nicht darum, diese an irgendwelchen formalen Mängeln aufzuhängen beziehungsweise scheitern zu lassen. Auch wenn formale Mängel gefunden werden sollten, wäre die Initiative,

meine ich, dem Volk vorzulegen. Das hat auch immer der Auffassung des Chefs EMD entsprochen, wie ich mit Genugtuung festgestellt habe.

Wenn ich die Initiative weiter zu würdigen versuche und die Fragestellung kritisch betrachte, komme ich eindeutig zum Schluss, dass diese Initiative eine Forderung beinhaltet, die das Schweizervolk eigentlich gar nicht interessiert. Ich bin überzeugt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einzig und allein über Beschaffung oder Nichtbeschaffung des neuen Kampfflugzeuges F/A-18 mitentscheiden möchten, sich aber nicht zu einem siebenjährigen Moratorium äussern wollen.

Ich bin überzeugt, dass das Interesse der Öffentlichkeit, an diesem Entscheid mitzuwirken, einzig und allein das Interesse ist, zu einem derart wichtigen Entscheid von grosser, auch finanzieller Tragweite Stellung beziehen zu können. Das öffentliche Interesse an der Frage der Flugzeugbeschaffung ist gross, die Diskussionen darüber beweisen das noch heute.

Zur Frage der Notwendigkeit der Flugzeugbeschaffung will ich mich an dieser Stelle ausdrücklich nicht äussern. Denn gerade das ist ja die Frage, zu welcher sich das Volk äussern will und auch äussern soll. Ich möchte lediglich anfügen, dass unsere Fraktion in der damaligen Debatte eine Notwendigkeit der Flugzeugbeschaffung nicht einsah. Wir stimmten damals gegen die Flugzeugbeschaffung. Unsere Begründung basierte insbesondere auf der veränderten politischen Lage in Europa und weltweit, basierte überdies auf der Prioritätenordnung aller unserer staatspolitischen Aufgaben, in welcher heute grosse Rüstungsbeschaffungen eine posteriore Rangordnung einnehmen, und basierte nicht zuletzt auf dem Zweifel an der finanziellen Tragbarkeit in der heutigen Zeit. Wir waren damals schon der Auffassung, dass hier ein Volksentscheid am Platz ist. Wir plädierten damals schon dafür, diese Entscheidung dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Ich fasse zusammen:

1. Schweizerinnen und Schweizer sollen zur Beschaffung des F/A-18 Stellung nehmen können.

2. Ich interpretiere den Volkswillen dahingehend, dass das Volk zur Beschaffung von 34 Flugzeugen des Typs F/A-18 Stellung nehmen will. Ein Moratorium über mehrere Jahre ist für die Bevölkerung lediglich von sekundärer Bedeutung und von geringem Interesse.

3. Um dem Willen der Bürgerinnen und Bürger zur Mitsprache bei der Entscheidung über die Flugzeugbeschaffung Nachachtung zu verschaffen, soll der Initiative ein Gegenvorschlag im Sinne desjenigen der LdU/EVP-Fraktion gegenübergestellt werden.

Ich darf Sie bitten, den Antrag der LdU/EVP-Fraktion, vertreten durch Herrn Dünki, zu unterstützen.

Steinegger: Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Bundesrates zustimmen und beantragt, Volk und Ständen die Ablehnung dieser Initiative zu empfehlen. Wir lehnen den Minderheitsantrag sowie alle anderen Anträge, die vom Entwurf des Bundesrates abweichen, ab.

Bei dieser Initiative können Überlegungen im staatspolitischen oder verfassungsrechtlichen Bereich angestellt werden; es können sicherheits- und militärpolitische Überlegungen angestellt werden. Ich befasse mich vor allem mit den staatspolitischen Fragen.

Ich gehe von der Behauptung aus, dass Volksinitiativen, welche mit Rückwirkungsklauseln versehen sind oder welche Wirkungen vor dem Volksentscheid versprechen, missbräuchlich sind. Sie gefährden die direktdemokratischen Einrichtungen und führen schliesslich zur Tyrannei von Minderheiten.

Demokratie bedeutet nämlich, dass Mehrheitsentscheide gelten und angewendet werden, bis sie abgeändert oder aufgehoben werden. Rechtsstaatliche Demokratie bedeutet auch, dass die zuständigen Organe wie Parlament und Bundesrat von ihren verfassungsmässigen Kompetenzen Gebrauch machen.

Mit dieser Initiative wollte man zunächst erreichen, dass Parlament und Bundesrat von der Kompetenz zur Bewilligung von Rüstungsvorhaben nicht Gebrauch machen oder dass mindestens der Vollzug aufgeschoben wird. Man kann nun sagen,

es liege am Mut des Bundesrates oder des Parlamentes; dies mag richtig sein. Das Hinterhältige an dieser Initiative ist aber, dass der Gebrauch der rechtsstaatlich und demokratisch abgesicherten Kompetenzen zur demokratiewidrigen Handlung uminterpretiert wird, weil dem Volk vorgegaukelt wird, es könne und solle zu dieser Frage referendumsässig Stellung nehmen.

Es wird also Demokratie verheissen und damit der Gebrauch rechtsstaatlicher Kompetenzen verhindert. Man kann natürlich Demokratie verheissen, auch wenn es sich eigentlich um Missbrauch handelt. Die Sache wird aber vollends problematisch, wenn man damit gegen den klaren Willen des Verfassungsgesetzgebers verstösst.

Mit der vorliegenden Initiative wollte man durch eine Rückwirkungsklausel faktisch das Rüstungsreferendum einführen, und dies ist auch voll gelungen. Dieses Rüstungsreferendum ist aber von Volk und Ständen 1987 klar abgelehnt worden. Nicht eine demokratische Mehrheit an einer Abstimmung, sondern die Tatsache der Unterschriftensammlung und die publizistische Begleitmusik haben dazu geführt, dass entgegen dem klaren Willen des Verfassungsgesetzgebers faktisch ein Rüstungsreferendum eingeführt worden ist.

Die demokratische Mehrheit von 1987 muss nun ohnmächtig zusehen, wie sich die Minderheit durch eine Hintertüre trotzdem durchgesetzt hat. Dies schafft kein Vertrauen in die demokratischen Spielregeln, dies schafft Ueberdross und Ressentiments!

Diese Flugwaffenabschaffungs-Initiative verheisst den Stimmbürgern auch die Macht, Entscheide der verfassungsmässig zuständigen Organe rückwirkend an sich ziehen zu können. Der demokratische Rechtsstaat lebt von der Herrschaft des Volkes und der Herrschaft des Rechts. Das liberale rechtsstaatliche System ist manchmal ein System inkompletter Mitwirkung, weil Verfahrensvorschriften eingehalten werden müssen, um die breite Mitwirkung auf Dauer funktionieren zu lassen. Diese Herrschaft durch das Recht verwirklicht sich unter anderem durch die Gewaltenteilung. Diese «balance of powers» ist ein Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit.

Mit dieser Initiative wird nun rückwirkend in die Zuständigkeit von Parlament und Bundesrat eingegriffen. Es stellt sich die Frage, ob wir mittels Initiativen mit Rückwirkungsklauseln ein umfassendes Referendum gegen alle Entscheide von Parlament, Bundesrat oder auch Gerichten einführen wollen. Dieses Vorgehen mag bei Rüstungsvorhaben noch lustig oder unterhaltend sein. Soll es aber in Zukunft möglich sein, mittels Initiativen mit Rückwirkungsklauseln Entscheide des Bundesrates oder, in Beschwerdesachen, des Bundesgerichtes zu korrigieren, z. B. Asylentscheide generell aufzuheben? Wollen wir in Zukunft allen Verfassungsinitiativen eine faktische Vorwirkung zugestehen, nämlich bis zur Volksabstimmung die Kompetenzen der zuständigen Organe suspendieren? Wie halten wir es mit der Euro-Initiative der Lega/SD oder mit der Initiative des Gewerbeverbandes zur direkten Bundessteuer? Wollen wir, dass in Zukunft die sachliche Erfüllung staatlicher Aufgaben allein schon dadurch in Frage gestellt wird, dass eine Initiative zustande kommt? Sie erhalten dann per saldo nicht mehr Demokratie, sondern die zwischenzeitliche Herrschaft von Minderheiten. Bis zum Sieg in der Abstimmung ist jede Initiative ein Anliegen der Minderheit.

Fazit: Mit dieser Initiative wird Demokratie vorgegaukelt oder verheissen. In Tat und Wahrheit stellen derartige Initiativen das rechtsstaatlich-demokratische System in Frage.

Wir haben trotz dieser Problematik darauf verzichtet, einen Antrag auf Ungültigerklärung der Initiative zu stellen. Es handelt sich um eine staatspolitische Frage, und es fehlen klare Verfahrensvorschriften. Diese klaren Verfahrensvorschriften sind zu schaffen, weil wir Probleme erhalten haben, weil in jüngerer Zeit missionarische Gründlichkeit zu diesen Problemen geführt hat.

Es kann auch darauf verwiesen werden, dass das heutige Beschaffungsverfahren zum Aufbau der für das Zusammenbringen der Unterschriften notwendigen Stimmung beigetragen hat; das ist nicht gottgewollt. Wir sind der Meinung, dass dieses Beschaffungsverfahren umgehend abgeändert werden muss.

In sicherheits- und militärpolitischer Hinsicht kann ich auf meine Ausführungen anlässlich der Beratung des Rüstungsprogramms 1992 verweisen. Es ist behauptet worden, die vorliegende Initiative sei im Vergleich zur Armeeabschaffungs-Initiative moderater. Wir sind der Meinung, dass sie in den Auswirkungen schlimmer und vor allem hinterhältiger ist. Man hat zwar eine Armee, bestätigt; man verlangt von unseren Soldaten die Verteidigung des Landes, bestätigt; man schickt sie aber ohne Schutz gegen Angriffe aus der Luft ins Gefecht – man veranstaltet Tontaubenschüssen. Was dies bedeutet, konnte man am Mittlapass zwischen Kuwait-City und Basra anlässlich des Kuwaitkonfliktes sehen: Es bedeutete Chancenlosigkeit und Vernichtung, es war die Autobahn des Todes.

Wenn die sicherheitspolitischen Vorstellungen der GSoA erfolgreich und richtig wären, sollten sie einmal im Konfliktfall erprobt werden. Jugoslawien wäre hierzu das geeignete Feld, in ziemlicher Nachbarschaft zu unserem Land. Wenn Sie diese Vorstellungen einem islamischen Bosnier predigen, der auf den Angriff der Serben oder Kroaten wartet, werden Sie sehen, dass es sich weniger um eine sicherheitspolitische Vision als vielmehr um blanken Zynismus handelt.

Wir empfehlen Volk und Ständen, diese Initiative abzulehnen.

Borer Roland: Die Fraktion der Auto-Partei wird diese Initiative einstimmig zur Ablehnung empfehlen und den Bundesbeschluss unterstützen.

Es wäre falsch, jetzt sämtliche technischen Anforderungen und Erfordernisse ein weiteres Mal aufzuzählen. Das haben wir in einer ersten Phase der Debatte, wo es um die Flugzeugbeschaffung an sich ging, zur Genüge getan.

Ich möchte nur noch darauf hinweisen: Keine Schweizer Flugwaffe heisst faktisch: keine Schweizer Armee, die einsatzfähig ist. Das an diejenigen, die jetzt mit Kompromissvorschlägen versuchen, der GSoA in diesem Geschäft noch weiter entgegenzukommen.

Auch für uns wird einmal die Schmerzgrenze erreicht sein. Wenn diese Flugzeuge nicht beschafft werden, wenn in der Schweiz kein Luftschild für unsere Armee und unsere Zivilbevölkerung – sofern notwendig – zur Verfügung steht, müssen auch wir uns ernsthaft Gedanken darüber machen, ob eine halbe Armee – die viel Geld kostet, aber keine Leistung erbringt – nicht doch zu teuer ist. Genau damit jedoch rechnet die GSoA!

Ich möchte nachfolgend auf einige Voten eingehen, die von verschiedenen Vorrednern vorgetragen worden sind, vor allem auf die Voten der Herren Antragsteller und auf die Begründung von Herrn Gross Andreas.

Grundsätzlich stelle ich hier in diesem Rat die Frage: Wollen Sie wirklich mit den Forderungen, die in den Minderheitsanträgen gestellt werden, noch einmal der GSoA entgegenkommen? Ich glaube, bis heute wurde wirklich genug Toleranz gegenüber der GSoA gezeigt. Das zeigt sich schon darin, dass heute in diesem Rat überhaupt über dieses Geschäft diskutiert wird. Auf die staatsrechtlichen Probleme, die damit entstehen, hat Herr Steinegger hingewiesen.

Nehmen Sie bitte heute klar Stellung. Es gibt auch zu diesem Geschäft kein «Ja, aber», kein «Nein, aber», es gibt nur ein Ja oder ein Nein. Seien Sie endlich einmal konsequent!

Zu einigen Argumenten von Herrn Gross Andreas: Herr Gross, es ist einfach nicht in Ordnung, wenn Sie die Probleme, die wir in unserem Land haben, gegeneinander ausspielen. Selbstverständlich wissen auch wir, dass wir Arbeitslose haben und dass diese Leute eine Unterstützung brauchen. Selbstverständlich wissen auch wir, dass wir unseren älteren Mitbewohnern für die Zukunft die Alters- und Hinterlassenenversicherung sicherstellen müssen. Aber es ist falsch, wenn Sie in diesem Geschäft die älteren Leute, die Arbeitslosen, die jungen Erwerbstätigen gegeneinander ausspielen wollen, wenn Sie Westschweizer gegen Deutschschweizer und Deutschschweizer gegen Tessiner ausspielen.

Sie müssen wissen: Wenn einmal eine Armee gebraucht wird, dann hilft die Armee allen. Die Armee hilft Jungen, die Armee hilft Alten, die Armee hilft Gebrechlichen, die Armee hilft den Genfern, den Südtessinern und auch den Schaffhausern. Das

sollten Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen. Es ist doch einfach lächerlich, wenn Sie jetzt versuchen, die einen Probleme gegen die anderen auszuspielen. Es ist sogar hinterlistig, was in diesem Zusammenhang von der GSoA gemacht wird.

Sie haben vorhin auch Somalia erwähnt. Dort hat man andere Probleme, da gebe ich Ihnen recht. Aber Herr Gross, auch Somalia zeigt Ihnen gerade jetzt, dass heute in unserer Welt militärische Machtmittel noch benötigt werden, um regionale Konflikte, regionale Sorgen und regionale Gefahren zu lösen. Kommen Sie doch endlich von Ihrem Idealbild des Menschen weg, das wahrscheinlich auch im Jahr 3000 noch nicht existieren wird!

Wenn Frau Hollenstein vorhin vom Treibstoff- und Kerosinverbrauch unserer Flugwaffe gesprochen hat: Frau Hollenstein, rechnen Sie bitte aus, was der UN-Einsatz jetzt in Somalia an Treibstoff braucht. Das sind andere Mengen! Ich glaube, in dem Punkt sind wir uns einig: Der Treibstoff, der dort benötigt wird, um den Hungernden zu helfen, ist wahrscheinlich gut eingesetzt. Es könnte aber auch einmal passieren, dass unsere Armee zum Teil für solche Einsätze benötigt würde oder solche Einsätze unterstützen müsste.

Es ist schwierig zu behaupten, Arbeitslose würden von diesem Geschäft profitieren. Das ist richtig. Aber eines kann ich Ihnen garantieren: Es gibt heute noch einige gut laufende, florierende Unternehmen, die dringend auf die Arbeitsplätze angewiesen sind, die mit diesem Geschäft zusammenhängen. Vor allem den Vertretern des Kantons Solothurn – sofern sie diese Initiative unterstützen wollten – möchte ich sagen: Sie müssten dann in Grenchen den Arbeitnehmern erklären, warum eine Firma ungefähr 80 Arbeitsplätze abbauen müsste, wenn dieses Geschäft nicht zustande käme.

Herr Gross Andreas, Sie haben die Osthilfe angesprochen. Die Osthilfe kann absolut sinnvoll sein, aber in diesem Zusammenhang gehe ich mit Herrn Ständerat Willy Loretan einig: Solange wir mit der Osthilfe ein Land unterstützen, das Besatzungstruppen im Baltikum einsetzen kann, das sich diesen Af-front leisten kann, so lange können wir uns auch eine eigene Luftwaffe leisten.

Auch wir haben, Herr Gross Andreas, die Zeichen der Zeit erkannt. 1989 – auch wenn Ihnen das nicht passt – haben sich zwei Drittel der Stimmbürger für eine Armee ausgesprochen, wahrscheinlich für eine glaubwürdige Armee, und nur ein Drittel dagegen.

Zum Votum von Herrn Dünki: Herr Dünki, wenn Sie heute gegen diese Flugzeuge sind, dann sind Sie nicht mehr für eine glaubwürdige Armee, dann sind Sie für eine Folkloregruppe, und da wird unsere Fraktion nicht mitspielen. Sie haben vorhin in Ihrem Kompromiss die Typenwahl angesprochen. Ja, was wollen Sie denn? Wollen Sie die Typenwahl Laien überlassen? Fachleute aus dem ökonomischen Bereich, aus dem technischen Bereich haben sich klar für den F/A-18 ausgesprochen, also weiss ich nicht, was Sie mit Ihrem Minderheitsantrag wollen. Das einzige, das ich darin sehe, ist ein Entgegenkommen gegenüber der GSoA. Eine bewaffnete Neutralität, Herr Dünki, verlangt in Gottes Namen eine leistungsfähige Luftwaffe, und diese 34 Flugzeuge werden dazu beitragen.

Zum Antrag von Herrn Epiney: Herr Epiney, Sie machen leider keine konkreten Vorschläge. Sie spielen nur ein Bedrohungsszenario gegen ein anderes aus. Sie sagen im Moment – zusammen mit dem Bundesrat – keine bewaffneten Konflikte voraus. Ich muss Ihnen sagen: Wahrscheinlich haben Sie vor zehn Jahren die Situation, die sich heute im ehemaligen Jugoslawien oder in der früheren Sowjetunion zeigt, auch nicht vorausgesehen. Sie haben selber diese Initiative in Ihrem Votum als pervers bezeichnet. Ich bitte Sie: Lehnen Sie diese perverse Initiative ab, und sorgen Sie dafür, dass dieser Initiative in diesem Rat ein klares Nein entgegengesetzt wird!

Herr Leu Josef, Ihre Voten betreffend die Gewaltentrennung kann ich voll und ganz unterstützen. Helfen Sie mit Ihrer Fraktion mit, dass diese Gewaltentrennung auch in Zukunft aufrechterhalten wird.

Zusammengefasst: Wir lehnen die Initiative ab. Wir unterstützen den Bundesbeschluss. Wir stehen für die Modernisierung der Flugwaffe und damit für einen Angleich an das internationale Niveau ein. Es geht dabei nicht um eine Grossmachtar-

mee! Wir sind auch überzeugt, dass die Armee reform 95 nur durchführbar ist, wenn wir die Flugwaffe erneuern.

Eine Annahme der Initiative oder deren Unterstützung durch das Parlament hätte zwangsläufig die Auflösung der Flugwaffe zur Folge, und die nächste Armeeabschaffungs-Initiative wäre damit einen grossen Schritt weitergekommen.

On. Maspoli: La situazione generale in Europa nel corso degli ultimi mesi è mutata radicalmente. A questo proposito è sufficiente ricordare il razzismo dilagante in Germania, la rinascita alla grande del movimento neonazista in questo Paese. Ci sono chiari segnali di xenofobia e antisemitismo in Italia, nonché diverse tensioni in diversi Paesi europei.

Ebbene, di fronte a questa situazione è giusto – e io credo opportuno e responsabile – rivedere la situazione che riguarda i nostri velivoli da combattimento.

Noi della Lega dei Ticinesi, una minoranza della frazione a cui apparteniamo, abbiamo sostenuto quest'iniziativa, e oggi francamente abbiamo dei dubbi sulla validità della stessa. I dubbi nascono soprattutto dalla moratoria che essa comprende, una clausola che vedrebbe l'impossibilità di acquistare qualsivoglia velivolo da combattimento fino all'anno 2000.

E' evidente che al momento in cui questa iniziativa è stata lanciata, i tempi non erano quelli che stiamo vivendo oggi. Come dicono bene i Latini: Mutantur sapientes mutantibus temporibus, il che significa che è possibile cambiare idea.

Il Dipartimento militare federale – è un altro punto a favore della tesi del Consiglio federale – è l'unico Dipartimento che nel corso del dibattito sul preventivo ha presentato dei conti inferiori a quelli dell'anno scorso. Il Dipartimento militare federale, benché nella cifra proposta a questo Parlamento siano contenuti i milioni necessari per acquistare gli F/A-18, è l'unico Dipartimento che è stato in grado di risparmiare.

Io concludo brevemente, dicendo che avere dei dubbi, avere paura di fronte a una decisione così importante come questa, non è un segno di debolezza, bensì un segno di viva preoccupazione. D'altro canto noi siamo convinti che la decisione finale a questo punto spetta al popolo e non più a questo Parlamento. Il popolo saprà decidere. Ha dimostrato la scorsa domenica di essere in grado di prendere decisioni anche difficili, e siamo convinti che anche in questo caso deciderà nel modo giusto.

Erklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte Déclaration concernant le Jour international des droits de l'homme

Präsident: Aus Anlass des heutigen Internationalen Tages der Menschenrechte werden die Verhandlungen kurz unterbrochen. Die Frauen unseres Rates haben mich gebeten, Ihnen die Möglichkeit für eine kurze Erklärung zu geben. Ich begrüsse dazu unsere Ständerätinnen.

Frau Haller: Dass weltweit die Menschenrechte auf vielfältigste Art verletzt werden, ist nicht nur eine traurige Tatsache: Es ist eine entsetzliche Tatsache. Verletzungen der Menschenrechte sind nicht nur Missachtungen des Rechtes; sie sind moralisch verwerflich; sie sind ein Verbrechen gegen die Menschenwürde. Verbrechen bleibt Verbrechen, und es geht eigentlich nicht an, die Menschenrechtsverletzungen in schlimmere und weniger schlimme einzuteilen.

Wenn heute und hier trotzdem von einer besonderen Art der Verletzung von Menschenrechten gesprochen werden soll, so deshalb, weil durch die systematische Vergewaltigung von Frauen im ehemaligen Jugoslawien eine in Europa neue, entsetzliche Form der Verletzung der Menschenwürde besteht. Auf besonders zynische Weise werden hier Angehörige einer ethnischen und religiösen Minderheitsgruppe nicht nur gefoltert und gemordet, sondern Frauen werden darüber hinaus besonders grausam erniedrigt und systematisch psychisch

zerstört. Zum Zwecke der systematischen Vergewaltigung sind spezielle Konzentrationslager eingerichtet worden.

Alle Ständerätinnen und Nationalrätinnen sind gemeinsam an den Bundesrat gelangt, unter anderem mit der Bitte, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Freilassung der Frauen in den Vergewaltigungslagern einzusetzen, sexuelle Folter öffentlich zu verurteilen und politisch zu intervenieren, auf dass Vergewaltigung formell zum Kriegsverbrechen erklärt werde, und jede Form der grausamen Zerstörung von Frauen und Kindern als nationalistisches Kriegsziel zu verurteilen.

Heute abend werden in vielen Schweizer Städten Trauerzüge von Frauen und teilweise auch Männern stattfinden. Um ihre Teilnahme am unermesslichen Leid der vergewaltigten Frauen im früheren Jugoslawien zu zeigen, werden viele Frauen schwarz gekleidet an diesen Trauerzügen teilnehmen. Die schwarze Kleidung vieler unserer Kolleginnen hier im Saal will dasselbe bezeugen.

Die Parlamentarierinnen gehen davon aus, dass wir – das heisst alle Mitglieder des Parlaments – am heutigen Internationalen Tag der Menschenrechte den weltweiten Verletzungen der Menschenwürde einige Gedanken widmen werden. Die Nationalrätinnen möchten Sie bitten – zusammen mit den Ständerätinnen –, die vergewaltigten Frauen im ehemaligen Jugoslawien in Ihre persönlichen Gedanken einzubeziehen. Wir danken Ihnen dafür.

Präsident: Ich danke unseren Parlamentarierinnen, dass Sie uns an den Internationalen Tag der Menschenrechte erinnern haben. Wir haben die Botschaft gebührend zur Kenntnis genommen.

M. Leuba: Permettez-moi tout d'abord, en tant qu'homme, de me joindre à la déclaration qui vient d'être faite et de déplorer très profondément toutes les atteintes aux droits de l'homme, toutes les violences qui sont perpétrées en Yougoslavie, notamment sur les femmes. Mais je crois que nous ne sommes pas, avec ce thème, tellement loin de celui qui nous occupe dans notre débat.

Avec l'initiative «pour une Suisse sans nouveaux avions de combat», nous nous trouvons dans une situation assez incroyable en démocratie. En 1987, le peuple et les cantons ont repoussé l'initiative qui tendait à introduire un référendum en matière de crédits d'armement. Or, avec l'initiative dont nous discutons actuellement, nous avons exactement ce référendum et les discussions qui ont eu lieu jusqu'à présent l'ont bien montré, puisque les orateurs qui m'ont précédé ont largement parlé du F/A-18.

Que devient la démocratie dans cette aventure? Bien entendu, loin de moi l'idée de ne pas admettre qu'on puisse toujours remettre en question les règles démocratiques qui peuvent être modifiées en vertu des circonstances, mais on ne peut pas changer les règles au milieu de la partie ou lorsqu'elle est déjà engagée. Il est évident que les initiants ont joué avec les règles constitutionnelles. Ils ont trouvé une faille pour renverser la volonté populaire exprimée en 1987. Peu importe que l'initiative soit formellement recevable. La démocratie, à laquelle en appellent les initiants, exige d'abord, pour pouvoir s'exercer, des règles claires, si l'on ne veut pas dégoûter le citoyen de cet exercice. En l'espèce, politiquement, l'initiative représente comme un défi à la démocratie.

On peut peut-être regretter la précipitation du Conseil fédéral qui a déclaré, avant même que l'initiative ne soit lancée, que si elle aboutissait elle serait soumise au peuple. Il nous semble que la question méritait un examen politique et juridique plus attentif.

Cela étant, il faut voir quelle est la portée matérielle de l'initiative. Cette dernière n'interdit pas seulement l'achat des 34 F/A-18, c'est l'origine de ladite initiative, mais elle interdit l'achat de tout nouvel avion de combat jusqu'en l'an 2000. Et c'est cela qu'il faudra expliquer à nos concitoyens. Cela signifie que non seulement nous ne pourrions pas acheter les F/A-18 qui sont à l'origine de cette initiative, mais pas non plus des avions meilleur marché, puisqu'un certain nombre d'ad-

versaires sont d'accord avec la modernisation de notre armée, mais pas avec les F/A-18. Cette hypothèse est exclue si cette initiative est acceptée.

Nous avons une aviation militaire vieillie. Si nous ne pouvons pas la moderniser, nous aurons un musée de l'aviation militaire sur nos aérodromes. Les Hunter qu'on veut précisément mettre hors course ont 40 ans, les Mirage 35 ans, les Tiger plus de 20 ans. Il serait, à nos yeux, criminel de demander à nos pilotes de partir avec de tels zéros. Il serait criminel aussi de laisser nos troupes au sol et notre population civile sans couverture aérienne.

Est-ce que quelqu'un se trompe encore dans cette salle sur l'objectif réel de cette initiative? Celle-ci tend au démantèlement, partie par partie, de l'armée. On supprime aujourd'hui l'aviation, demain ce seront peut-être les blindés, après-demain l'artillerie. C'est une manière comme une autre de réaliser les objectifs de l'initiative «pour une Suisse sans armée». D'ailleurs, le fait que les mêmes initiants soient à la base de ces deux initiatives ne devrait tromper personne. Cela aussi, il faut le faire comprendre à nos concitoyens. Et même les plus naïfs devraient bien voir quels sont les objectifs finaux des initiants.

En 1989, on a voté sur l'initiative «pour une Suisse sans armée» – M. Gross Andreas a parlé tout à l'heure du signe que devait donner cette votation. Est-ce que je peux rappeler qu'en démocratie le signe est que deux tiers des citoyens ont rejeté cette initiative? Ce qui est quand même une majorité. Nous, les Romands, nous savons depuis dimanche tout à fait bien ce que signifie la majorité en démocratie. En 1989, on pouvait se dire: le monde, maintenant, va vers une ère de paix. Mais qu'avons-nous vu depuis 1989, et qu'avons-nous entendu il y a cinq minutes? Nous avons entendu que la guerre, avec toutes ses horreurs, la violence, règnent en Yougoslavie. Et lorsque l'on est pour une défense armée, crédible, on est précisément contre ce genre d'horreurs. Nous sommes pour le maintien de l'ordre, et finalement nous constatons parfaitement, avec la situation en Yougoslavie, que ce sont les plus faibles, les femmes, les enfants qui souffrent le plus du désordre. Par conséquent, en acceptant d'avoir aussi une couverture aérienne et une armée crédible, nous acceptons de maintenir un certain ordre dans cet Etat. D'ailleurs, est-ce que nous avons vu beaucoup de nos pacifistes aller expliquer aux Serbes, aux Croates, aux Bosniaques, sur le terrain et non depuis ici où c'est très confortable de le faire, que c'était très mal de se battre et que c'était très mal de faire la guerre? Je crois que nous voyons ici aussi les limites de ce genre de démarche.

En ce qui concerne la proposition de M. Epiney, j'aimerais faire deux remarques parce qu'il me paraît qu'il a commis deux erreurs dans sa démonstration: la première, lorsqu'il parle des réductions linéaires que l'on impose à tous les citoyens, est-ce qu'il oublie que dans le budget militaire nous avons aussi imposé une réduction linéaire, alors que ce budget était le seul qui était en diminution, contrairement aux budgets des autres départements? Dans le budget militaire, nous avons aussi imposé une réduction, une réduction qui n'est pas faible puisqu'elle est de 150 millions dans la version du Conseil national et de 100 millions de francs dans celle du Conseil des Etats. Alors, que l'on ne dise pas qu'il n'y a pas là une égalité des sacrifices!

Deuxième argument: l'argument économique. Alors là, les bras m'en tombent! C'est naturellement en relançant l'économie – et M. Epiney le sait mieux que quiconque – qu'on luttera contre le chômage. Or, précisément, la commande des F/A-18 ou la commande d'un nouvel avion de combat nous permet non seulement d'obtenir en Suisse une certaine activité économique, mais elle permet aussi d'avoir pour 2 milliards de commandes de compensation. Véritablement, comment peut-on dire que c'est une opération qui n'a pas de sens économiquement, alors que précisément c'est probablement le meilleur moyen de relancer notre économie?

Un dernier mot, si cela est possible à cette session, sur l'Europe: ceux qui ont été partisans du non à l'EEE, parce qu'ils veulent préserver une Suisse un peu imaginaire, un peu mythique, une Suisse absolument souveraine, comment pourraient-ils être contre l'achat de ce nouvel avion de combat? Peut-on imaginer une Suisse souveraine qui n'aurait pas la

souveraineté de son espace aérien? Et comment ceux qui sont ouverts à l'Europe, parmi lesquels j'ai le plaisir de me compter, comment ceux-ci pourraient-ils croire que nous serions le seul pays d'Europe à ne pas faire l'effort d'avoir une aviation moderne? Je vous renvoie ici au tableau qui figure à la page 7 du message et qui est parfaitement parlant. En 1995, l'Allemagne aura 490 avions du type F-15, F-16, F-18; la France 300, l'Italie 80 pour prendre des pays qui sont voisins du nôtre. Mais prenons aussi des pays plus petits qui sont comparables au nôtre: 80 avions en Belgique, 170 aux Pays-Bas, 60 au Danemark – ah! le Danemark qui s'est pourtant prononcé contre Maastricht: 60 avions modernes!, – 240 en Suède.

Il nous apparaît évident que ceux qui prétendent vouloir entrer en Europe sans vouloir assurer, comme les autres Européens, notre défense aérienne, ceux-ci entrent vraiment en Europe en reculant, ils entrent vraiment en Europe en marche arrière.

Il faut se boucher les yeux aujourd'hui pour ne pas voir quelle est la situation actuelle dans le monde. Bien sûr, personne n'a des visées directes contre notre pays, mais nous ne savons absolument pas de quoi demain sera fait. Un moratoire de dix ans nous met dans une situation impossible, non pas pour dix ans, mais pour quinze ans vraisemblablement, compte tenu d'ailleurs – et sur ce point je suis d'accord avec M. Gross Andreas – de la lenteur de nos procédures d'appréciation et de la lenteur de nos procédures d'acquisition.

Par conséquent, je crois qu'il n'y a qu'une seule réponse sérieuse que doivent donner non seulement ceux qui sont favorables à l'achat des F/A-18, mais aussi ceux qui ont des réserves à l'égard des F/A-18, mais qui veulent le maintien de notre aviation moderne: inviter le peuple et les cantons à repousser l'initiative.

Hari, Berichtstatter: Im Interesse der Straffung der Ratsdebatte halte ich mich bewusst ganz kurz in meinen Ausführungen und verweise auf die Worte der Fraktionssprecher Leu Josef, Bischof, Hess Otto, Steinegger, Borer Roland und Leuba wie selbstverständlich auch auf die Feststellungen in meinem Eintretensvotum. Schon jetzt freue ich mich auf die Antwort von Herrn Bundesrat Villiger.

Bei der Begründung der Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» hat Herr Gross Andreas heute nichts vorgetragen, was nicht bereits an der Sitzung in der Sicherheitspolitischen Kommission bekanntgegeben und besprochen wurde.

Die Mehrheit unserer Kommission beantragt und empfiehlt – mit 16 zu 6 Stimmen –, diese Initiative abzulehnen, und ich schliesse mich dieser Empfehlung selbstverständlich an.

Zum Antrag der LdU/EVP-Fraktion, vorgetragen von Herrn Dünki: Dieser Antrag lag in der Kommission nicht vor. Wir hatten aber über einen ähnlichen Antrag zu befinden, und dieser wurde mit 14 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Ich möchte Ihnen ebenfalls empfehlen, diesen Antrag abzulehnen.

Zum Antrag Epiney: Dieser Antrag lag in der Sicherheitspolitischen Kommission nicht vor. Er möchte nur noch Schulungsbedürfnisse abdecken. Ganz besonders sind mir in diesem Antrag für einen neuen Artikel 20 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung folgende Worte in die Augen gestochen: «... oder im Falle neuer Bedrohungen kaufen.» Man könnte aufgrund dieses Antrages meinen, man könne beim Kauf von Kampfflugzeugen wie bei einem Kauf in einem Warenhaus vorgehen: Heute bestellen, morgen wird die Ware geliefert. So geht das natürlich nicht!

Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag ebenfalls abzulehnen.

M. Savary, rapporteur: Permettez-moi tout d'abord de tempérer quelque peu le triomphalisme de M. Gross Andreas en lui rappelant qu'un grand nombre de signatures en faveur de son initiative n'est pas forcément une garantie de succès devant le peuple puisque les trois plus grands succès dans la récolte de signatures se sont traduits par trois échecs devant le peuple.

M. Gross Andreas a dit également qu'il était choquant aujourd'hui d'acheter des armes, parce que nous avons besoin de cet argent pour le distribuer en Somalie et en Yougoslavie. Il

faut que M. Gross revoie sa copie, qu'il l'adapte au jour le jour. En effet, on constate aujourd'hui que ce sont précisément les armes qui permettent la distribution, en Somalie – et peut-être demain en Yougoslavie – de la nourriture nécessaire aux soldats et à toute la population victime de la guerre.

Nous avons eu dernièrement et ce matin encore le problème des contre-projets, après l'avoir eu en commission. Je vous propose de ne pas accepter ces contre-projets, qui en fait reviennent à demander la suppression du moratoire. Le moratoire nous gêne, c'est vrai, mais il faut voir la réalité de près. On a dit, dans le débat de cet été, et tout le monde l'a admis, que le F/A-18 était actuellement l'avion le plus intéressant. Dès lors, si l'on veut changer ou acheter d'autres appareils dans les années à venir, il faudra faire une autre évaluation. Or, à l'heure actuelle, il y a certes des avions intéressants sur le marché, mais qui n'ont pas les capacités du F/A-18, et ceux qui seraient peut-être plus intéressants sont encore à l'état de prototypes et ne seront pas opérationnels avant l'an 2000. Dès lors, il est tout à fait inutile d'accepter ce contre-projet qui ne servirait absolument à rien.

La proposition Epiney est un rêve. M. Epiney voudrait que l'on se contente uniquement du matériel d'instruction et que l'on n'achète des avions ou d'autres matériels militaires que le jour où l'on en aurait besoin. Si cela était possible, il y a longtemps que tous les gouvernements procéderaient de la sorte: du matériel d'instruction pour parfaire la formation des troupes et des achats de matériel en cas de besoin.

Je voudrais rappeler, en répondant notamment à Mme Hollenstein, qu'il est faux de dire que l'on pourra transférer 3 milliards 500 millions du compte militaire au compte de l'AVS; ce que nous acceptons aujourd'hui, c'est un crédit d'engagement qui va représenter, si l'achat se fait, 500 millions de francs de dépenses par année, lesquels représentent plus de 2000 places de travail dans notre pays pendant sept ans – il s'agit, comme on l'a dit tout à l'heure, de relancer l'économie.

Pour toutes ces raisons, je vous invite donc à repousser les contre-projets ainsi que l'initiative.

Bundesrat Villiger: Sie und der Bundesrat tragen die oberste Verantwortung für die Sicherheit dieses Landes. Der Bundesrat ist für eine sichere Schweiz. Die Armeeabschaffer wollen mit dieser Initiative das Gegenteil. Sie wollen keine Sicherheit gegen militärische Bedrohungen. Sie setzen die Sicherheit der Schweiz aufs Spiel.

Selbstverständlich ist militärische Sicherheit nicht das einzige, worauf unsere Bürgerinnen und Bürger Anspruch haben. Sie ist aber ebenso wichtig wie andere Sicherheiten, und dies ganz besonders in einer Zeit, in der Europa von Instabilität und Ungewissheit über die Zukunft beherrscht wird.

Der europäische Kontinent ist politisch und wirtschaftlich krisenanfällig geworden. Spannungen und unberechenbare Risikogemische sind unleugbare Tatsachen. Im heutigen Europa sind Krisen wieder eine Realität. Wenige hundert Kilometer vor unserer Grenze findet ein brutaler Völkermord statt – ich glaube, dass die Erklärung, die die Frauen der Bundesversammlung vor einigen Minuten abgegeben haben, das eindrücklich unterstrichen hat –, und etwas weiter entfernt wüten Bürger- und Regionalkriege.

Die Armeeabschaffer verkünden, für die militärische Prävention regionaler Konflikte sei ein neues Kampfflugzeug strategisch unbrauchbar, dort sei die zivile Konfliktlösung nötig. Ich glaube, dass Hunderttausende vertriebener Einwohner von Bosnien-Herzegowina, die ihre zerbombte Heimat in Trümmern zurücklassen mussten, das anders beurteilen. Sie machen die bittere Erfahrung, was es heisst, wenn ein aggressiver Feind die Luftherrschaft innehat und darum seine Artillerie ungehindert gegen Städte und Dörfer einsetzen kann.

Es ist selbstverständlich, dass unser Land nicht wegen dem Jugoslawien-Krieg neue Kampfflugzeuge braucht. Aber dieser Krieg ist ein Beispiel dafür, wie rasch und unvorhersehbar eine Situation hereinbrechen kann, wo jemand dringend solche Flugzeuge brauchen könnte.

Die Menschen im ehemaligen Jugoslawien sind Opfer einer gescheiterten und immer noch scheiternden zivilen Konfliktlö-

sung nach GSoA-Muster. Hier wird zivile Konfliktlösung von den Kriegsparteien mit grösstem Zynismus dazu missbraucht, Zeit zu gewinnen, Territorium zu annektieren und vollendete Tatsachen zu schaffen.

Welche Glaubwürdigkeit können die Initianten dieser Initiative überhaupt beanspruchen, wenn sie solche Tatsachen der Zeitgeschichte ignorieren? Wo bleibt die politische Verantwortung der Armeeabschaffer und ihrer Anhänger für unser Land? Ich will eine sichere Schweiz, und darum habe ich mich schon 1990 für eine neue Sicherheitspolitik eingesetzt. Diese neue Politik ist die Antwort auf die neue Lage, nicht die neuen Kampfflugzeuge. Die politische und die wirtschaftliche Zusammenarbeit sind zwei ihrer tragenden Pfeiler, denn Europas Sicherheit ist auch unsere Sicherheit. Niemand aber weiss, welche Wege unser krisenanfällig gewordenes Europa in den nächsten fünf bis zehn Jahren gehen wird. Darum ist es unsere Pflicht, nicht nur zu helfen, dass sich die Chancen verwirklichen, sondern uns auch gegen Risiken zu wappnen. Darum will der Bundesrat eine Schweiz mit Armee.

Der Bundesrat ist auch für eine Schweiz mit einem Dach über dem Kopf. Unsere Zivilbevölkerung und unsere Soldaten haben Anspruch auf einen wirkungsvollen Schutz gegen Bedrohungen aus der Luft. Mir ist denn auch keine Verteidigungskonzeption bekannt, die auf einen wirkungsvollen Luftschirm verzichtet.

Auch andere Kleinstaaten Europas – beispielsweise das neutrale Finnland und das neutrale Schweden – sind von der Notwendigkeit einer leistungsfähigen Luftwaffe überzeugt. Rein erdgebundene Verteidigungssysteme sind in modernen Konfliktszenarien chancenlos. Die Verteidigung eines ganzen Landes kann nur in Kombination mit der Verteidigung des Luftraumes sichergestellt werden. Die Flugwaffe ist das Instrument der ersten Stunde. Sie überwacht den Luftraum. Sie signalisiert damit auch die Abwehrbereitschaft. In dieser Rolle ist sie ein zentrales Instrument der Kriegsverhinderung durch Abhaltung, ein zentrales Instrument auch der verteidigungspolitischen Glaubwürdigkeit.

Die Flugwaffe kann rasch und überall Schwergewichte der Abwehr bilden. Sie garantiert, dass das Land nicht in Zonen unterschiedlicher Sicherheit aufgeteilt wird. Sie ist nicht nur in befestigten Schlüsselregionen präsent, sondern überall; darum nützt sie der ganzen Bevölkerung auf dem schweizerischen Gebiet. Eine Verstärkung der erdgebundenen Fliegerabwehr könnte diese flächendeckende Wirkung mit vernünftigen Aufwand nicht herbeiführen.

Wir werden in den nächsten Jahren die Hunter-Kampfflugzeuge ausmustern, weil sie völlig veraltet sind. Im modernen Luftkampf haben aber leider auch Tiger- und Mirage-Piloten kaum mehr eine Chance, wenn sie nicht durch neue Jagdflugzeuge unterstützt werden. Ein einziger F/A-18 schießt vier Mirages gleichzeitig ab, bevor die Piloten ihren Angreifer überhaupt auf dem Radarschirm zu Gesicht bekommen haben. Darum ist unsere heutige Flugwaffe bald nur noch museumsreif, wenn wir sie nicht erneuern.

Es ist deshalb völlig unsinnig zu behaupten, wir würden aufrüsten. Wir ersetzen 130 veraltete Flugzeuge durch 34 moderne. Das ist dringend. Es geht also um eine Erneuerung und nicht um eine Neuheit. Wir führen nichts ein, was nicht schon längst zu den unverzichtbaren Verteidigungsmitteln des Landes gehört. Wir passen uns technisch an. Wir tun in dieser Hinsicht eher weniger als das uns umgebende Ausland.

Eine Erneuerung unserer Flugwaffe heute ist eine Investition für 30 Jahre. Diese Flugzeuge werden unsere Sicherheit auch noch im Jahre 2020 garantieren. Nur die Armeeabschaffer meinen zu wissen, wie die Weltlage dannzumal aussehen wird. Der Bundesrat hält von solcher Wahrsagerei nichts. Wir müssen heute vorsorgen, damit unsere Sicherheit auch in 5, 10, 20 oder 30 Jahren gesichert ist. Es wäre fahrlässig, die Zukunft auf Wunschenken aufzubauen.

Die Kampfflugzeug-Investition heute ist auch eine Investition in die Zukunft, nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für den Werkplatz Schweiz. Natürlich muss eine Rüstungsbeschaffung militärisch gerechtfertigt sein. Wenn man aber schon beschafft, dann soll die Beschaffung volkswirtschaftlich optimal vorbereitet werden. Positive Impulse für den Arbeits-

markt sind deshalb willkommene Nebeneffekte der Erneuerung der Flugwaffe, und wir brauchen gerade jetzt solche Impulse.

Die Armeeabschaffer behaupten, das nütze gar nichts. Herr Gross Andreas hat das heute noch einmal gesagt; es zerstöre eher Arbeitsplätze. Aber das Gegenteil ist wahr! Die direkte und die indirekte Beteiligung unserer Industrie an der Beschaffung schaffen ein Auftragsvolumen für den Werkplatz von gegen 2,5 Milliarden Franken. Das ergibt ungefähr 20 000 Mannjahre Beschäftigung für Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird aber der positive Effekt noch grösser sein, weil kleine und mittlere Firmen mit hoher Leistungsfähigkeit wirtschaftliche Kontakte anbahnen können, die ihnen auch für die Zukunft Märkte erschliessen werden, und zwar Märkte im vordersten Bereich der Entwicklung, nämlich bei der Luftfahrt, zukunftsgerichtet. Diese Märkte liegen ausserhalb Europas, und gerade im Nachgang zur Volksabstimmung vom letzten Sonntag haben wir wahrscheinlich ein sehr eminentes Interesse daran, auch Märkte ausserhalb der EG zu erschliessen.

Bereits heute «verdanken» wir dieser Initiative den Verlust von vielen Arbeitsplätzen! Die amerikanische Industrie erteilt praktisch keine Kompensationsaufträge mehr. Sie will zuerst wissen, ob wir diese Flugzeuge überhaupt beschaffen. Ihr Vertrauen in uns als Geschäftspartner ist schon beträchtlich gesunken.

Sollte diese Initiative angenommen werden, würde auch der Werkplatz Schweiz einen weiteren Vertrauensverlust erleiden. Nicht der F/A-18, sondern die Initiative der Armeeabschaffer vernichtet in der heutigen schwierigen Wirtschaftslage schweizerische Arbeitsplätze.

Die Propaganda der Initianten operiert auch immer wieder mit dem irreführenden Titel «Stop F/A-18»; das ist Etikettenschwindel! Es ist Irreführung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die Initiative will nicht nur einen einzigen Flugzeugtyp abschliessen, sondern jede Erneuerung der Flugwaffe bis zum Ende des Jahrtausends verhindern – das beträfe geleaste Flugzeuge genauso wie Occasionen oder andere Typen –, und dies würde erst noch in der Bundesverfassung festgeschrieben. Das Ziel dieser Initiative ist die teilweise Selbstentwaffnung unseres Landes. Es ist deshalb keine Anti-F/A-18-Initiative, sondern eine Selbstentwaffnungs-Initiative.

Mit der Absage an die moderne Luftverteidigung sollen unsere Armee entscheidend geschwächt und der militärische Teil der Sicherheitspolitik ausser Kraft gesetzt werden. Diese Selbstentwaffnungs-Initiative ist Teil einer Gesamtstrategie der Abschaffer, nicht ein Einzelfall. Auch der Versuch, die Initiative in ihrem Effekt zu verharmlosen und den Inhalt propagandistisch auf einen bestimmten Flugzeugtyp zuzuspitzen, ist Teil dieser Strategie. Es wird auch öffentlich erklärt, dass eine zweite Initiative zur Abschaffung der Armee in Vorbereitung sei. Ein Abstimmungserfolg dieser Initiative soll das politische Umfeld schaffen, damit die nächste Armeeabschaffungs-Initiative Leben erhält.

Drei weitere Initiativen wollen die schweizerische Landesverteidigung schrittweise zersetzen:

1. die Waffenplatz-Initiative, die auf die Ausbildung zielt;
2. die Waffenausfuhrverbots-Initiative, die auf unsere Industriebasis für die Rüstung zielt;
3. die Kostenhalbierungs-Initiative, die auf die finanzielle Aushöhlung der Armee setzt.

Wer auch in dieser Frage gemeinsame Sache mit den Armeeabschaffern macht, wer gegen die Erhaltung einer glaubwürdigen Luftverteidigung auftritt, muss sich bewusst sein, mit wem er sich zusammmentut; er muss sich vor Augen halten, welche Endlösung diese politischen Kräfte anstreben.

Die Annahme der Initiative hätte sicherheitspolitische, militärische und wirtschaftliche Folgen. Die Welt mit ihren Instabilitäten und Risiken wird uns nicht den Gefallen tun, sich zu ändern, weil wir keine Luftverteidigung mehr haben. Potentielle Konfliktparteien würden, im Gegenteil, geradezu eingeladen, präventive Massnahmen zu treffen, um allfällige Bedrohungen aus unserem ungenügend geschützten Luftraum abzuwehren. Das Schreckbild eines Luftkrieges fremder Mächte über unserem Territorium ist ein denkbare Szenario.

Die Schweiz muss wissen, ob sie bereit ist, nach wie vor eine glaubwürdig bewaffnete Neutralität aufrechtzuerhalten und dazu die nötigen Investitionen zu treffen oder nicht. Wir müssten bei der Annahme der Initiative unsere bisherige Politik grundsätzlich überprüfen. Wir müssten zum Beispiel abklären, ob wir zum eigenen Schutz im Bereich der Luftverteidigung mit Nachbarstaaten oder mit einem Verteidigungsbündnis zusammenarbeiten müssten.

Die Frage stellt sich natürlich, ob überhaupt jemand bereit wäre, uns einen modernen Luftschirm zu gewähren, ob dann im Notfall dieser Partner überhaupt in der Lage wäre, die nötige Kapazität freizustellen. Es stellt sich auch die Frage der Gegenleistung. Und ob jemand mit einem Land militärisch kooperieren möchte, das alle paar Jahre die Existenz der Armee überhaupt in Frage stellt, ist zweifelhaft.

Ich glaube nicht, dass wir eine bewährte Politik nur deshalb aufgeben sollten, weil wir die Erneuerung der Flugwaffe scheuen. Für den Bundesrat ist die Antwort klar, und im Falle einer Annahme der Initiative – an die ich im übrigen nach wie vor nicht glaube – gäbe es dann trotzdem militärische Massnahmen, die wir treffen müssten. Die ausgebliebene Erneuerung der Luftwaffe müsste anderswo, aber leider suboptimal, kompensiert werden.

Ich glaube nicht, dass wir den Armeeauftrag der Kriegsverhinderung einfach aufgeben dürften. Wir müssten deshalb versuchen, die Lücke irgendwie zu schliessen; aber ich warne hier vor Illusionen. Das Instrumentarium würde fahrlässig eingeschränkt. Die Mobilität der Bodenarmee würde wesentlich kleiner, wenn ein wirkungsvoller Luftschirm fehlte. Damit würde es in unserem Lande Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Veraltete Flugzeuge mit teurem Geld zu verbessern ist kein Ersatz. Auch eine aufdatierte Hermes-Schreibmaschine wird nie zum Personalcomputer. Die Verstärkung der Fliegerabwehr kostet sündhaft viel Geld, schafft aber keine bewegliche Abwehr, die Schwerpunkte bilden kann. Jede Ersatzlösung wäre suboptimal: Für gleichviel oder mehr Geld geringerer Nutzen. Trotzdem müssten wir dieses Geld investieren, um den Schaden auch nur einigermassen zu begrenzen.

Darum sind die Armeeausschaffungen, meine ich, mit falschen Argumenten auf Unterschriftenfang gegangen. Es stimmt nicht, dass bei der Annahme der Initiative 3,5 Milliarden Franken in die Bundeskasse fliessen. Wir müssten diese Mittel für andere Prioritäten in der Armee verwenden, damit ein Schutz, wenn auch nur ein suboptimaler, trotzdem gewährleistet wäre.

Man steuert die Militärausgaben nicht, indem man willkürlich ein Rüstungsobjekt für missliebig erklärt, es aus dem Zusammenhang reisst und zum Abschuss freigibt. Man steuert die Militärausgaben über das Budget; innerhalb dieses Budgets müssen sie optimal investiert werden.

Das EMD hat massiv gespart, die Militärausgaben 1993 werden nach Ihren Beschlüssen real etwa 17 Prozent unter denjenigen von 1990 liegen. Die Investitionen sinken in einem Jahr real über 20 Prozent. Deshalb ging der EMD-Anteil am Bundeshaushalt, der vor zwanzig Jahren noch über 30 Prozent lag, auf rund 12 Prozent zurück.

Weil unsere Flugzeuge dreissig Jahre im Einsatz bleiben, kosten sie zum heutigen Geldwert, samt Unterhalt, pro Jahr etwa 170 Millionen Franken; das ist ein halbes Prozent des Bundeshaushaltes. Mit diesem halben Prozent kann man nicht auf einen Schlag die Probleme der Bauern, der Rentner, der Hochschulen, der Kultur usw. lösen. Spätestens im Jahr 2000 würde die Flugzeugfrage wieder aktuell, nur – das kann ich Ihnen jetzt schon sagen – werden die Flugzeuge dannzumal wesentlich teurer sein als heute. Es ist fraglich, ob ein Technologiesprung nach einer solchen Lücke überhaupt wieder aufgeholt werden kann.

Zur Gültigkeit der Initiative möchte ich nichts sagen. Sie finden in der Botschaft Aussagen darüber. Die Wissenschaftler, die Juristen streiten sich, ob sie eine Rückwirkungsklausel enthält oder nicht. Die Frage ist ohnehin müssig. Auch aus politischen Gründen habe ich immer die Meinung vertreten, man müsse die Initiative dem Volk zur Abstimmung vorlegen; man dürfe Spielregeln, auch wenn die Initiative rechtlich fragwürdig sein sollte, nicht während des Spieles ändern. Ich bin bei dieser Meinung geblieben, habe aber gegen Rückwirkungsklauseln

sehr starke staatspolitische Bedenken; diese Frage muss man ausserhalb eines konkreten Problems einmal prüfen.

Ich komme nun noch zu den beiden Anträgen. Zum Antrag der LdU/EVP-Fraktion: Sie will den Beschluss der eidgenössischen Räte der Sommersession 1992 rückgängig machen. Sie haben es in der Sommersession mit 118 zu 70 Stimmen abgelehnt, den Bundesbeschluss dem Referendum zu unterstellen (AB 1992 N 960). Sie können selbstverständlich auf diesen Entscheid zurückkommen. Ich bin aber nicht sicher, ob es möglich ist, mit einer solchen Hüst-und-Hott-Politik das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Institutionen zu gewinnen. Ich bezweifle auch, ob das Volk eine Abstimmungskaskade von verschiedenen Abstimmungen letztlich verstehen würde – und eine solche würde es geben. Sie würden mit einem solchen Rückkommensentscheid die demokratischen Spielregeln einmal mehr während des laufenden Verfahrens ändern. Darauf läuft es ja hinaus: Ein halbes Jahr nach einem rechtmässig, nach geltender Kompetenzordnung erfolgten Entscheid soll hier ein Rüstungsreferendum für einen Einzelscheid eingeführt und erst noch in der Bundesverfassung verankert werden.

Der Antrag hat faktisch rückwirkenden Charakter, weil Sie Ihren Beschluss rückwirkend wieder in Frage stellen. Ich meine, wir sollten unsere Rechtssicherheit nicht durch solche rückwirkenden Beschlüsse weiter unterminieren.

Es sind vor allem diese staatspolitischen Ueberlegungen, die mich dazu führen, Ihnen zu beantragen, den Antrag abzulehnen, aber auch noch weitere: Rein militärisch betrachtet hätte die Annahme des Referendums praktisch die gleichen Auswirkungen wie die Annahme der Initiative selber. Das Volk könnte die Beschaffung des F/A-18 ablehnen, allerdings später, weil ja die Abstimmung erst nach dem Sommer angesetzt werden müsste. Wir könnten dann zwar wieder mit einer Evaluation anfangen. Aber Sie wissen, dass eine solche immer vier, fünf, sechs Jahre dauert, d. h., wir könnten auch das nicht vor dem Jahr 2000 verwirklichen. Wir hätten dann mit Sicherheit eine teurere und suboptimale Lösung, wenn wir den heutigen Markt anschauen, so dass dieser Gegenvorschlag auch materiell nichts bringt.

Er würde uns auch in finanzielle Probleme bringen. Wir müssten nach dem Juni – auch wenn das Volk dem zustimmen müsste – die Beschaffung reife wieder aufrechterhalten, um im Rennen zu bleiben; das würde sehr grosse Kosten und neue Zahlungen bedingen. Nachdem wir aber versprochen haben, die 50 Millionen Franken nicht zu übersteigen, wäre das eine Art Wortbruch.

Ich kann Ihnen übrigens nebenbei sagen, dass diese Initiative auch sonst Geld gekostet hat: Hätten wir jetzt kaufen können, zu Zeiten des guten Dollarkurses, dann hätten wir wahrscheinlich gegen eine halbe Milliarde Franken billiger kaufen können. Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Zum Antrag Epiney: Ich habe bald etwas Mitleid mit unserer Bundesverfassung. Der Antrag Epiney würde wahrscheinlich Generationen von Studenten und Rechtsprofessoren in Atem halten. Wie soll die Landesregierung, wie soll das Parlament mit sieben unbestimmten, unklaren und teilweise widersprüchlichen Bedingungen messen können, ob jetzt und überhaupt und, wenn ja, welches Flugzeug beschafft werden darf? Ich glaube nicht, dass wir eine solche Missgeburt in unsere Verfassung einfügen sollten.

Ein Kriterium kann ich hier herausgreifen: das Kriterium, der Bund dürfe im Falle neuer Bedrohungen Flugzeuge kaufen. Das klingt alles recht schön. Aber Sie wissen selber, dass es fünf bis sieben Jahre braucht, bis ein Flugzeug da ist. Und wenn Sie sich gerade jetzt die Welt ansehen und erkennen, wie rasch sich die Lage ändern kann, dann sehen Sie, dass die alte Wahrheit immer noch gilt: Sie müssen technische Rüstungsgüter ersetzen, wenn sie veraltet sind, denn wenn Sie sie erst kaufen, wenn Sie sie brauchen, bekommen Sie sie nie mehr.

Die Erhaltung einer glaubwürdigen Armee, die die militärische Sicherheit unseres Landes garantiert, ist eine Versicherungspolice, die wir heute glücklicherweise nicht einlösen müssen. Aber keiner weiss, ob wir sie in zehn oder zwanzig Jahren einmal brauchen könnten.

Die Initianten, die Armeeabschaffer, verfolgen nach wie vor das Ziel, diese Versicherungspolice zu kündigen. Ihre Initiative ist Armeeabschaffung auf Raten. Ich gehe davon aus, dass viele Bürgerinnen und Bürger, vielleicht sogar solche, die die Initiative unterschrieben haben, diese Armeeabschaffung auf Raten nicht wollen.

Sie haben im Sommer mit einer klaren Mehrheit der Beschaffung dieser Kampfflugzeuge zugestimmt. Ich empfehle Ihnen, diese Selbstentwaffnungs-Initiative deutlich zur Ablehnung zu empfehlen, und bitte Sie auch, die Gegenvorschläge abzulehnen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Frau **Caspar-Hutter**: Herr Bundesrat Villiger, es entsetzt mich, dass Sie den schwarzen, ohnmächtigen Protest von uns Frauen als Argumentarium für die Beschaffung der Kampfflugzeuge missbrauchen. Wäre es nicht gerade für Sie als Verteidigungsminister angebracht gewesen, Ihre Stimme in dieser Sache zu erheben, in der Frage: Wie weit bringt der Krieg eigentlich auch die Männer?

Warum protestieren nicht die Männer gegen das, was dort geschieht, sondern wir Frauen? Die Männer hätten Grund, Schwarz zu tragen! Was tut eine Kriegsmacht den Männern an, wenn sie sie dazu bringt, zu foltern, zu töten und systematisch zu vergewaltigen? Sie zerstört nicht nur die Mädchen und Frauen, sondern auch die Seele der Täter, der scheinbar siegenden Männer.

Unser Protest ist nicht der Ruf nach mehr Militär oder mehr Technik, sondern der Ruf nach einem anderen Umgang mit Macht oder Ohnmacht. Das Umdenken, eine andere Kultur, beginnt mit scheinbar unauffälligen kleinen Dingen, indem wir nämlich dort, wo die kleinen Grenzüberschreitungen geschehen, schon hörbar Einhalt gebieten. Darum bin ich jetzt ans Rednerpult gekommen.

Herr Bundesrat Villiger, leben Sie vor, wie man mit Macht und auch mit dem Ausdruck von Ohnmacht behutsamer umgeht. Missbrauchen Sie nicht unseren Protest für Ihre Zwecke.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Leuba

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(Die Aenderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Leuba

L'initiative populaire «pour une Suisse sans nouveaux avions de combat» est déclarée recevable; elle est soumise

Präsident: Der Antrag Leuba ist zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 1a (neu)

Antrag der LdU/EVP-Fraktion

Gleichzeitig wird Volk und Ständen ein Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet:

Übergangsbestimmungen, Art. 20 (neu)

Der im Bundesblatt 1992 III 998 publizierte Beschluss des National- und Ständerates betreffend Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen F/A-18 und zugehörigem Material und die Bewilligung des entsprechenden Verpflichtungskredites von 3 495 000 000 Franken werden der Abstimmung von Volk und Ständen unterbreitet.

Antrag Epiney

Gleichzeitig wird Volk und Ständen ein Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet:

Übergangsbestimmungen, Art. 20 (neu)

1. Der Bund darf bis im Jahr 2000 neue Kampfflugzeuge nur für die Schulungsbedürfnisse der Piloten bezüglich der neuen Technologien oder im Falle neuer Bedrohungen kaufen.

2. Die Bundesversammlung trifft die geeigneten Entscheide unter Berücksichtigung insbesondere der neuen internationalen Lage, des Gesundheitszustandes der Wirtschaft und der öffentlichen Körperschaften, der Notwendigkeit der Erhaltung einer aktiven Regionalpolitik und der neuen Aufgaben der Armee.

Art. 1a (nouveau)

Proposition du groupe AdI/PEP

Un contre-projet de l'Assemblée fédérale est soumis simultanément au vote du peuple et des cantons:

Dispositions transitoires, art. 20 (nouveau)

L'arrêté du Conseil national et du Conseil des Etats publié dans la Feuille fédérale 1992 III 969 concernant l'acquisition de 34 avions de combat F/A-18 et du matériel nécessaire impliquant l'octroi d'un crédit d'engagement de 3 495 000 000 francs sera soumis au vote du peuple et des cantons.

Proposition Epiney

Un contre-projet de l'Assemblée fédérale est soumis simultanément au vote du peuple et des cantons:

Dispositions transitoires, art. 20 (nouveau)

1. Jusqu'en l'an 2000, la Confédération ne peut acquérir de nouveaux avions que pour les besoins des pilotes à la technologie moderne ou en cas d'apparition de nouvelles menaces.

2. L'Assemblée fédérale prendra les décisions appropriées en tenant compte notamment de la nouvelle situation internationale, de l'état de santé de l'économie et des collectivités, de la nécessité du maintien d'une politique régionale active, ainsi que des nouvelles missions confiées à l'armée.

Präsident: Bei der Bereinigung von Artikel 1a, der bei Annahme eines der Gegenvorschläge im Bundesbeschluss einzufügen wäre, gehen wir wie folgt vor: Zuerst stellen wir in einer Eventualabstimmung die beiden Gegenvorschläge einander gegenüber. Falls dann in der namentlichen Abstimmung über Artikel 2 die Mehrheit obsiegt, stimmen wir noch darüber ab, ob der vorher gewählte Gegenvorschlag mit der Initiative der Volksabstimmung unterbreitet werden soll.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der LdU/EVP-Fraktion

64 Stimmen

Für den Antrag Epiney

31 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Verschoben – Renvoyé

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Gross Andreas, Carobbio, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)

.... die Initiative anzunehmen.

Art. 2*Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Gross Andreas, Carobbio, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)

.... d'accepter l'initiative.

*Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal**Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:**Votent pour la proposition de la majorité:*

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bühler Gerold, Bürgi, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Cotti, Couchepin, Daepf, Darbellay, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducret, Eggly, Engler, Etique, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Gobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guinand, Gysin, Hari, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Marti Werner, Mauch Rolf, Maurer, Meyer Theo, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Perey, Philipona, Pini, Poncet, Raggenbass, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Rutishausser, Rychen, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spoerry, Stalder, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Steinemann, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William, Zölch, Zwahlen, Zwygart (117)

*Für den Antrag der Minderheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:**Votent pour la proposition de la minorité:*

Aguet, Baumann, Bäumlín, Béguelin, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Carobbio, Caspar-Hutter, Danuser, de Dardel, Diener, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Mauch Ursula, Meier Hans, Misteli, Rebeaud, Rechsteiner, Ruffy, Schmid Peter, Spielmann, Steiger, Strahm Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Weder Hansjürg, Zisyadis, Züger (51)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Borradori, Comby, Dünki, Duvoisin, Epiney, Grendelmeier, Hildbrand, Jaeger, Maeder, Maspoli, Matthey, Meier Samuel, Sieber, Suter, Wiederkehr (15)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:

Bär, Bircher Silvio, Bundi, David, Eggenberger, Giger, Heberlein, Maitre, Nebiker, Pidoux, Robert, Rohrbasser, Sandoz, Scheidegger, Stamm Luzi, Ziegler Jean (16)

*Präsident Schmidhalter stimmt nicht**M. Schmidhalter, président, ne vote pas***Art. 1a***Abstimmung – Vote**Definitiv – Définitivement*

Für den Antrag der LdU/EVP-Fraktion

Dagegen

60 Stimmen

94 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

99 Stimmen

Dagegen

39 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.028

**Militärische Bauten
(Bauprogramm 1992)****Ouvrages militaires
(Programme de constructions 1992)**

Botschaft und Beschlusssentwurf vom 26. Februar 1992 (BBI II 1372)

Message et projet d'arrêté du 26 février 1992 (FF II 1348)

Beschluss des Ständerates vom 6. Oktober 1992

Décision du Conseil des Etats du 6 octobre 1992

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag Steiger

Eintreten und Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, sich im Sinne eines Sparprogrammes auf reine Sanierungen von Truppenunterkünften – ohne Neubauten – zu beschränken.

Proposition de la commission

Entrer en matière

Proposition Steiger

Entrer en matière et renvoyer le projet au Conseil fédéral avec mandat de limiter les dépenses, dans le sens d'un programme d'économie, aux seules rénovations des locaux destinés à la troupe, sans nouvelles constructions.

Hess Otto, Berichterstatter: Die Sicherheitspolitische Kommission Ihres Rates hat unter dem Vorsitz unseres Ratskollegen Hubacher am 15. Oktober das militärische Bauprogramm durchberaten. Sie beantragt Ihnen mit 19 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Bauprogramm 1992, d. h. den Verpflichtungskrediten im Betrag von 148,78 Millionen Franken für Bauten und den Zusatzkrediten im Betrag von 10,98 Millionen Franken, zuzustimmen.

Die Beratung des vorliegenden Bauprogramms hat in der Kommission keine grossen Diskussionen ausgelöst. Gestatten Sie mir dennoch, einige Bemerkungen zu den vorliegenden Kreditbegehren anzubringen.

Mit dieser Botschaft unterbreitet der Bundesrat ein Bauprogramm mit einer Kreditsumme von total 159,76 Millionen Franken für die Sanierung und den Ausbau von sieben Projekten, d. h. für sieben neue Bauvorhaben. Annähernd 11 Millionen Franken dieser Kreditsumme werden für Zusatzkredite zu früher bewilligten Bauvorhaben benötigt.

Das hervorstechendste Merkmal des diesjährigen Bauprogramms ist zweifellos die Tatsache, dass es sich um das kleinste Kreditbegehren handelt, das in den letzten 20 Jahren unter diesem Titel an das Parlament gestellt worden ist. Es macht ungefähr die Hälfte von dem aus, was seit 1977 regelmässig bewilligt worden ist. Die entsprechenden Kredite lagen in den letzten 15 Jahren zwischen 320 und 385 Millionen Franken. Wenn man sich dazu vergegenwärtigt, dass die Gesamtausgaben des Bundes in der gleichen Zeitperiode um das 2,2fache angestiegen sind, von 15 Milliarden auf rund 35 Milliarden Franken, so wird deutlich, welch bescheidenes Ausmass das diesjährige Bauprogramm annimmt.

Das gegenüber den Vorjahren stark reduzierte Programm ist